

Der FUNK

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 404 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 295 A

BERLIN • Freitag, den 13. Januar 1933

2. JAHRGANG

Stalin zieht die Bilanz.

Abschluß des Fünfjahrplanes.

Bei Stalin hat auf der Tagung des Vereinigten Plenums des Zentral-Komitees und der Zentralen Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union zum Abschluß des ersten Fünfjahresplans eine Rede gehalten, eine Bilanz und einen Ausblick.

„Fünfjahrplan in vier Jahren“ war die Parole. Man hat ein Vierteljahr angehängt. Vierundeinviertel Jahre angestrengter, opfervoller Arbeit liegen hinter den arbeitenden Massen der Sowjet-Union! Der Aufbau des Sozialismus ist Opfer wert. Haben sie gelohnt? Ist der Sozialismus in Sowjet-Rußland einen Schritt vorangekommen? Das ist eine Frage, die die Proletarier aller Länder angeht. Denn Sowjet-Rußland hat eine Mission zu erfüllen. Von ihm könnte den klassenbewußten Proletariern auf der ganzen Erde Selbstvertrauen und Hilfe gegeben werden.

Was ist im Lande des sozialistischen Aufbaues erreicht? Was werden die russischen Kommunisten in Zukunft zur Erreichung des Sozialismus tun?

Planerfüllung zu 93,7 Prozent.

Stalin konnte verkünden, daß in vierundeinviertel Jahren 93,7 Prozent des Planes erfüllt worden sind. „Was das Programm der Schwerindustrieproduktion betrifft, so erfüllten wir den Fünfjahrplan zu 108 Prozent. Aber wir blieben um 6 Prozent gegenüber dem gesamten Fünfjahrplanprogramm zurück. Das erklärt sich daraus, daß wir angesichts der Weigerung von Nachbarländern, mit uns Nichtangriffspakte zu unterzeichnen, und angesichts der Verwicklungen im Fernen Osten schnellstens einige Betriebe im Interesse der Verstärkung der Verteidigung umstellen mußten auf die Produktion von modernen Verteidigungswaffen.“

Sind es nur die — allerdings sehr berechtigten — außenpolitischen Sorgen, die eine volle Erfüllung des Planes verhindern? Liegen nicht etwa Fehler vor, die den Aufbau hemmen? Wir haben im „Funke“ schon öfter auf den verhängnisvollen Mangel im Sowjetrussischen System hingewiesen, der in der Lähmung der privaten Initiative liegt. Gesetze und Äußerungen aus der Sowjet-Union beweisen, daß die russischen Genossen diesen Mangel zum mindesten fühlen. Ab und zu wird ein Zügel gelockert; regt sich dann aber die freie Initiative, dann setzt sofort wieder das straffe System der Planwirtschaft ein, und die Mißstände sind wieder da. Die Führer der Sowjet-Union sind befangen in dem Gedanken, daß nur der Kollektivismus Rettung verheißt. Sie sehen nicht, daß die Lähmung der privaten Initiative den Aufbau hemmt.

Planerfüllung zu 93,7 Prozent! Was bedeuten diese 93,7 Prozent? Wir kennen das geflügelte Wort, das im Donezbecken geprägt wurde: „Wir müssen Tonnen liefern“. Wir wissen, daß Betriebe, um den Plan zu erfüllen, teure Seidenerschlippe statt Nähgarn produziert haben, das schlechte Ware geliefert wird, weil Tonnen produziert werden mußten. Die russischen Genossen standen unter der Hypnose der Ziffer.

Angesichts dieser Tatsache ist es ein erfreuliches Zeichen, daß Stalin für die Durchführung des zweiten Fünfjahrplans eine

Verlangsamung des Tempos

In Aussicht stellt: „In der Periode des ersten Fünfjahrplans gelang es uns, den Enthusiasmus zu organisieren, und wir erreichten entscheidende Erfolge. Das ist sehr gut. Doch jetzt reicht das nicht aus. Jetzt müssen wir dieses Werk vervollständigen, mit Enthusiasmus und Pathos die Beherrschung der neuen Betriebe, der modernen Technik, die Hebung der Arbeitsproduktivität, eine beträchtliche Senkung der Gesteinskosten erkämpfen. Das ist jetzt die Hauptsache, denn nur auf dieser Grundlage können wir erreichen, daß etwa in der zweiten Hälfte des zweiten Fünfjahrplans, ein neuer starker Anlauf sowohl auf dem Gebiete des Aufbaus, als auch auf dem Gebiete des Anwachsens der industriellen Produktion eintritt.“

Kollektivierung der Landwirtschaft.

„Die Partei erreichte, daß die Kollektivwirtschaften jetzt über 60 Prozent aller Bauernwirtschaften vereinigen, was eine Ueberholung des Fünfjahrplans um das Dreifache bedeutet.“

Die Partei erreichte, daß anstatt 500 bis 600 Millionen Pud Warongetreide, das in der Periode des Ueberwiegens der individuellen Bauernwirtschaft beschafft wurde, jetzt die Möglichkeit besteht, 1200 bis 1400 Millionen Pud Korn jährlich zu beschaffen.“

Offener Krach zwischen Industriellen und Junkern.

Eine Bombe ist im Lager der Reaktion geplatzt. Die Großagrarien sind in ihren Forderungen so unverschämt und gegen die Schleicher-Regierung und den Reichspräsidenten so ausfällig geworden, daß es selbst diesen zu viel wurde. Das Wolffsche Telegraphenbüro gibt dazu folgende scharfe Erklärung der Reichsregierung bekannt: „Nachdem in letzter Zeit in mehreren Besprechungen zwischen Mitgliedern des Präsidiums des Reichslandbundes und dem Reichskanzler eine weitgehende Einigung über die für die Landwirtschaft notwendigen Maßnahmen erzielt worden war, wurde heute nachmittag der Vorstand des Reichslandbundes vom Herrn Reichspräsidenten im Beisein des Reichskanzlers und der Reichsminister Warmbold und Freiherrn von Braun empfangen. Die Vertreter des Reichslandbundes trugen ihre ernstesten Sorgen über die Lage der Landwirtschaft und ihre Auffassung über die zu ergreifenden Abhilfemaßregeln vor. In der Aussprache ergab sich, daß durch die bereits getroffenen und noch beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung den Wünschen der Abordnung schon so weit wie irgend möglich Rechnung getragen worden war.“

Nach der Sitzung wurde bekannt, daß der Vorstand des Reichslandbundes bereits vorher eine Entschliebung gefaßt und der Presse übergeben hatte, die in demagogischer Form sachlich unbegründete Angriffe gegen die Reichsregierung enthielt. Die Entschliebung ist weder dem Herrn Reichspräsidenten, noch der Reichsregierung vor der Besprechung bekanntgegeben worden. Wäre dies der Fall gewesen, so würde der Herr Reichspräsident von einem Empfang des Reichslandbundes abgesehen haben. Die Reichsregierung wird sich durch diese illoyale Handlungsweise des Vorstandes des Reichslandbundes davon nicht abbringen lassen, alles sachlich Mögliche für die Landwirtschaft zu tun. Sie sieht sich jedoch gezwungen, von jetzt an Verhandlungen mit Mitgliedern des Vorstandes des Reichslandbundes abzulehnen.“

Die Entschliebung des Reichslandbundes aber, die die Regierung so in Harnisch brachte, lautete folgendermaßen: „Die Verelendung der deutschen Landwirtschaft (lies: Großgrundbesitz, Die Red.) insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, hat unter Duldung der derzeitigen Regierung

ein selbst unter einer rein marxistischen Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmaß angenommen. (!) Die Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen

Geldhebelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten

dauert an. Seitens der Reichsregierung hört die Landwirtschaft im wesentlichen nur Rundfunkreden und inhaltlose Formulierungen, denen trotz längst vorhandener sachlicher Möglichkeiten entscheidende Taten nicht gefolgt sind.

Obwohl mit Ende des Jahres 1932 die Holland gegenüber bestehenden Zollbindungen abgelaufen sind, ist bis heute diese Erleichterung der zollpolitischen Lage nicht durch Inkraftsetzung von Zollerhöhungen, über deren Ausmaß eine auf nationale Wirtschaft eingestellte Reichsregierung nicht mehr im Zweifel sein kann, ausgenutzt worden.

Wir bezweifeln nicht, daß diese Möglichkeit besteht. Aber wie steht es in Wirklichkeit? Stalin gibt zu, daß ein großer Teil der Kollektivwirtschaften nicht rentabel ist, er sagt „noch nicht“.

Das Tempo der Kollektivierung hat geradezu katastrophale Folgen. Der Viehbestand ging erheblich zurück. Die Versorgung der Industrieorte mit Fleisch, Milch und Butter ist äußerst schlecht. Was nützt es, daß die Möglichkeit besteht, anstatt 600 Millionen 1400 Millionen Pud Getreide zu produzieren, wenn die Bauern diese Produktion mit allen Mitteln der Sabotage verhindern? Wenn sie das Getreide auf dem Felde verfaulen lassen?

Wenn wir in bezug auf die sowjet-russische Industrie noch sagen können, daß trotz aller Mängel ein riesiger Schritt vorwärts getan wurde, so trifft das für die Landwirtschaft sicher nicht zu. Ja es besteht die ernste Gefahr, daß alle Versuche der russischen Genossen, die Industrialisierung und die

AUS DEM INHALT:

Kriegsschulden, Wirtschaftskrise und Abrüstung.

Was lehrt die Agrarkrise in der USA?

Bleibt Japan im Völkerbund?

Aus der Beschlußfabrik.

Das alte Wohlwollen der Justiz gegenüber den Nazis.

Die daneben notwendigen Kontingentierungsmaßnahmen zum Schutze gegen ausländische Ueberschwemmung sind auch von der jetzigen Reichsregierung nicht ergriffen worden. Eine Regierung, die den Willen zur Erhaltung deutschen Bauerntums hat, mußte wenigstens durch sofortige Erklärung eines vollständigen und generellen Zahlungsmoratoriums die Vertreibung der Bauern von Haus und Hof verhüten. Nichts dergleichen ist geschehen.

Durch das bisherige Versagen der Reichsregierung in den lebenswichtigsten Fragen der Agrarpolitik

werden auch die vom Herrn Reichskanzler aufgestellten Ziele der Arbeitsbeschaffung und Siedlung zu reinen Illusionen. Die bisherige Betätigung der Reichsregierung wird daher auch den wiederholten Aufträgen, die der Herr Reichspräsident erteilt hat, nicht gerecht.

Die Notgemeinschaft des deutschen Landvolkes steht zum Äußersten bereit. Die Führung des Reichs-Landbundes fordert von jedem Einzelnen den letzten Einsatz in dem dem gesamten Berufsstand aufgezwungenen Kampf um die nackte Existenz!

Wie weit durch diesen Abbruch der Beziehungen der Reichsregierung zum Reichslandbund auch der Konflikt innerhalb der Regierung selber, zwischen dem Reichswirtschaftsminister und Vertreter der Exportindustrie, Warmbold, und dem Reichsernährungsminister, Freiherrn von Braun, wieder akut wird, läßt sich noch nicht absehen. Aus der Regierungserklärung kann man jedenfalls schließen, daß ihr auch von Braun zugestimmt hat. Der Reichsernährungsminister wird ja auch, obwohl er dem Landbund durchaus nicht fern steht, von seinen Standesgenossen keineswegs glimpflich behandelt. Erst vor kurzem nannte der Vetter des Herrn von Rohrdemmin aus Schlesien den Reichsernährungsminister einen „alten kümmerlichen Weihnachtsmann“!

Man kann nur staunen über die Dummheit und Plumpheit, mit der diese Feudalen die Einheitsfront der herrschenden Klasse gefährden, wenn ihre Bundesgenossen von der Großindustrie nicht so wollen, wie die großagrarischen Dickschädel. Man darf sich aber dadurch nicht darüber hinwegtäuschen lassen, die Einheitsfront der Klasse gegenüber wird sofort wieder geschlossen sein, wenn es gegen den gemeinsamen, den gefährlichsten Feind geht, gegen die erwachende und ihre Rechte fordernde Arbeiterklasse.

Technisierung voran zu bringen, umsonst waren, weil die russischen Kommunisten es nicht geschafft haben, die russischen Bauern — diesen trotz allen industriellen Fortschritts noch immer entscheidenden Faktor für das Gelingen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjet-Union — in hinreichendem Maße zu gewinnen.

Das Gerücht, das im September umlief, war wohl nicht völlig aus der Luft gegriffen, daß nämlich gerade Woroschilow, der Kriegskommissar, versuche, eine Änderung der Stalinschen Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Die russische Armee ist eine Bauernarmee. Die russischen Bauern sind also ein entscheidender Faktor auch für die russische Außenpolitik. In der russischen Armee herrscht sicherlich Unzufriedenheit über die bisherige Wirtschaftspolitik der Regierung. Es ist falsch, wenn Stalin behauptet, daß die russischen Kollektivwirtschaften die Grundlage sind, den Sozialismus auf dem Dorfe zu sichern und die Möglichkeit der Wiederherstellung des Kapitalismus in Rußland zu liqui-

dieren. Es ist nicht allein damit getan, daß die Sowjet-Union ausgerüstet ist mit den modernsten Verteidigungswaffen.

Es kommt vielmehr darauf an, daß diejenigen, die diese Waffen im Notfall gegen den Feind zu führen haben, das tun mit der Ueberzeugung, daß sie das kostbarste Gut der Arbeiterklasse zu verteidigen haben.

Sowjet-Rußland ist angewiesen auf die Bauern. Nur wenn die Führer der Kommunistischen Partei Rußlands das in aller Klarheit erkennen, wenn sie eine zielbewußte Bauernpolitik treiben, werden alle bewundernswerten Opfer, die heute in der Sowjet-Union gebracht werden, nicht umsonst sein, und auch nur dann wird es einen Zweck haben, daß der Ausbau der Schwerindustrie beschleunigt wurde unter Vernachlässigung der Produktion von „Kattun, Schuhen, Kleidung und anderen täglichen Bedarfsartikeln“.

Warum nicht ehrlich?

Wir haben „es zweifellos erreicht, daß sich die materielle Lage der Arbeiter und Bauern von Jahr zu Jahr verbessert. Hieran zweifeln können nur die geschworenen Feinde der Sowjetmacht, oder möglicherweise einige Vertreter der Bourgeoisiepresse. . . .“ Wir wagen es, an dieser Behauptung zu zweifeln, obwohl wir weder von den „Feinden der Sowjetmacht“ noch zu den „Vertretern der Bourgeoisiepresse“ gehören. Wir äußern unsere Zweifel im Interesse der Ehrlichkeit unter Klassenengenossen.

Es ist nicht nur eine Vermutung, sondern Tatsache, daß die Reallohne der russischen Arbeiter sich wesentlich verschlechtert haben. Die Geldlöhne der Arbeiter sind zwar gestiegen. Aber angesichts der Preissteigerung besagt das alles nichts über die Lebenshaltung der Arbeiter. (Wir wollen

hier nicht auf Einzelheiten eingehen, und verweisen auf den Aufsatz über „Nominal- und Reallohn in der Sowjet-Union“ in Nr. 197 des „Funken“.)

Ist der Ausbau des Diktaturapparates gerechtfertigt?

Wir berichteten vor kurzem (In Nr. 283) von der Wiedereinführung des Palästasystems für die Sowjet-Union, von der Einschränkung der Freizügigkeit, davon, daß die Miliz und das Patwesen der GPU unterstellt sind.

Es soll wohl eine Rechtfertigung auch dieser Maßnahmen sein, wenn Stalin in seiner Rede ausführt:

„Eine starke, mächtige proletarische Diktatur — das ist es, was wir jetzt brauchen, um die in den Staub getretenen letzten Ueberreste der sterbenden Klassen zu zerschlagen, ihre dieberischen Machinationen zu vereiteln. . . . Die Vernichtung der Klassen wird nicht durch das Erlöschen des Klassenkampfes, sondern durch seine Verstärkung erreicht.“

Richtig ist sicher, daß inmitten einer kapitalistischen Umgebung ein junger, noch in den Anfängen steckender sozialistischer Staat einen starken Machtapparat braucht, um sich gegen alle ihm feindlichen Elemente zu sichern. Es heißt aber, diesen Apparat mißbrauchen, wenn man ihn dazu benutzt, alle Kritiker, auch die wohlwollenden, zu unterdrücken, sie mundtot zu machen, wie es erst im Oktober vorigen Jahres wieder mit 20 Mitgliedern der KP Rußlands geschah, von denen eine Reihe es gewagt hatte, Maßnahmen zur Freigabe der privaten Initiative zu verlangen.

Es gehört nicht nur ein starker, widerstandsfähiger Machtapparat zum Aufbau des Sozialismus; es gehört notwendig auch dazu, daß die Führer nicht dogmatisch verannt sind, sondern daß sie aus Erfahrungen lernen und bereit sind, berechnete Kritik entgegen zu nehmen und zu beachten.

Chérons offenes Geheimnis. Der neue französische Haushaltsplan.

Ueber den neuen Haushaltsplan, den der französische Finanzminister ausgearbeitet hat, ist offiziell nur bekannt gegeben worden, daß er vom Ministerrat einstimmig gebilligt worden ist. Was für Maßnahmen der Haushaltsplan vorsieht, will die Regierung als Geheimnis behandeln. Nichtsdestoweniger veröffentlicht die Zeitungen bereits die genauesten Aufstellungen des neuen Budgets. Aus dem Finanzjahr 1932 wird

ein Fehlbetrag von 10,8 Milliarden Francs (1,8 Milliarden Mark)

übertragen. 5,3 Milliarden Francs sollen eingespart werden, u. a. durch Herabsetzung der Beamtengehälter um 5 Prozent, durch eine Neueinstellungssperre für Beamten und durch Herabsetzung der Diäten, vom Staatspräsidenten bis zu den Abgeordneten, ferner durch Heraufsetzung des zur Boziehung einer Pension berechtigenden Alters ehemaliger Kriegsteilnehmer von 55 auf 60 Jahre. 5,4 Milliarden Francs sollen durch neue Steuern und strengere Ueberwachung der Steuerpflicht beschafft werden. Neu eingeführt wird u. a. eine Kaffeesteuer, eine Erbschaftsteuer und eine Lastkraftwagensteuer (die wahrscheinlich den Nebenzweck verfolgt, die Lastkraftwagen weniger konkurrenzfähig zu machen im Vergleich zu den Eisenbahnen, für die die Steuern herabgesetzt werden).

Die Regierung beabsichtigt — nach dem bewährten Prinzip des Herrn Brüning —, sich für den Fall, daß die Kammer dieses Programm nicht billigt,

eine gesetzliche Vollmacht für die Wiederherstellung des Haushalts-Gleichgewichts geben zu lassen.

Die sozialistische Kammerfraktion ist damit beschäftigt, ein Gegenprogramm für die Sanierung des Haushalts auszuarbeiten

Der Waffenschmuggel durch Holland nach Deutschland.

Vor einiger Zeit haben die holländischen Sozialdemokraten an den Justizminister eine Anfrage gestellt, die sich auf den Waffenschmuggel durch Holland nach Deutschland bezog. In der Anfrage wurde eine Verschärfung der Kontrolle der Waffen-Ein- und -Ausfuhr gefordert.

Der holländische Justizminister hat geantwortet, daß mehrere Male belgische und spanische Pistolen beschlagnahmt worden seien, die vermutlich für die Ausfuhr nach Deutschland bestimmt waren. Einzelheiten über die Empfänger der Waffen haben nicht ermittelt werden können. Die Regierung werde auf den verbotenen Waffenhandel und die verbotene Lagerung von Waffen aufpassen. Auf bloße Gerüchte hin könne sie jedoch nicht vorgehen.

In der Nacht zum Dienstag sind in dem holländischen Grenzort Zundert zwei Personen verhaftet worden, die 50 Pistolen und Patronenschachteln bei sich hätten.

Belagerungszustand in Spanien.

In den Gebieten Spaniens, in denen die Ruhe noch nicht wiederhergestellt worden ist, hat die Regierung den Belagerungszustand erklärt.

„Deutschland und der Osten.“

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete von Freytag-Loringhoven hielt am Dienstag in Oslo im Norwegisch-Deutsch-Oesterreichischen Verein eine Rede über das Thema: „Deutschland und der Osten“. Der norwegische Außenminister wohnte der Versammlung bei. Nach den üblichen Phrasen über Danzig, Ostpreußen und den Korridor, kam der Redner auf die Frage der „Gleichberechtigung“ in der Rüstungsfrage zu sprechen. Eines Tages, so meinte er, werde die kommunistische Sowjetunion genug gerüstet sein, um auf ihr Ziel, die Weltrevolution, loszugehen.

Dann würde Europas Schicksal davon abhängen, ob Deutschland stark genug gerüstet sei.

Der polnische Unterstaatssekretär im Außenministerium, Szmbeck, der sich „nur zur Erholung“ — wie noch gestern berichtet wurde — in Italien befindet, wurde am Mittwoch, dem Tage nach seiner Ankunft in Rom, von Mussolini zu einer Unterredung empfangen.

Die polnische Polizei verhaftete 98 Kommunisten, die in der Nacht zum Mittwoch eine geheime Gewerkschaftsversammlung abhielten.

Kriegsschulden, Wirtschaftskrise und Abrüstung.

G. K. Nachdem die französische Kammer am 14. Dezember 1932 beschlossen hatte, die fällige Rate der an die USA zu zahlenden Schulden nicht zu überweisen, versuchte die französische Regierung zunächst, neue Verhandlungen in Washington anzubahnen. Diese Verhandlungen sind auf ein Hindernis gestoßen, das ihre Verschiebung bis zur Amtübernahme Roosevelts notwendig gemacht hat. Diese Uebernahme erfolgt am 4. März 1933, einer der entscheidenden Tage in der Weltpolitik dieses Jahres.

Das Hindernis im Fortgang der Verhandlungen über die Kriegsschulden besteht in der Uneinigkeit zwischen Hoover und Roosevelt. Diese Uneinigkeit entspringt sehr tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten über den Charakter der gegenwärtigen Krise und die Rolle der USA in der Weltpolitik. Rufen wir uns kurz die Tatsachen ins Gedächtnis zurück.

Hoover hat sowohl in seiner Botschaft an den Kongreß als auch in seinen sonstigen Erklärungen seit dem 14. Dezember 1932 die Ansicht vertreten, daß Kriegsschuldenzahlung, Abrüstung und Wirtschaftskrise in engem Zusammenhang mit einander stehen. Insbesondere hat er den Vorschlag gemacht, daß eine Schuldenkommission ernannt werden sollte, die mit der Abrüstungskonferenz und der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz Hand in Hand arbeiten sollte. Roosevelt dagegen hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die drei Fragen der Kriegsschulden, der Abrüstung und der Wirtschaftskrise eine getrennte, gesonderte Behandlung verlangten. Da er und nicht Hoover in Zukunft die amerikanische Politik bestimmen wird, blieben die Absichten Hoovers unausgeführt. Angesichts dieser Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Republikanern in den USA, beschloß die französische Regierung den Aufschub der Verhandlungen über die Schuldenfrage bis zum 4. März 1933.

Die Probleme, um die es sich handelt, lassen sich im wesentlichen um die folgenden Fragen gruppieren:

1. Spielen die Kriegsschulden für die Wirtschaftskrise eine wesentliche Rolle, so daß diese nicht ohne die Beseitigung jener behoben werden kann?

2. Soll die Aufhebung oder wesentliche Verringerung der Kriegsschulden europäischer Staaten abhängig gemacht werden von einer wesentlichen Verringerung der europäischen Rüstungen?

Die Antworten, die Hoover und Roosevelt auf diese beiden Fragen geben, lauten nun nicht einfach „Ja“ oder „Nein“. Aber ihre Antworten gehen doch so weit aus einander, daß von einer tiefgehenden Meinungsverschiedenheit geredet werden kann. Denn Hoover ist der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise in erster Linie auf der Zerrüttung des Geldwesens beruht, und für diese Zerrüttung spielen die Kriegsschulden eine erhebliche Rolle. Hoover vertritt auch den Standpunkt, daß die Kriegsschulden nur dann verringert werden könnten, wenn die europäischen Staaten durch Abrüstung ihre Finanzen in Ordnung gebracht und für die Zukunft ihren Friedenswillen bewiesen haben. Daher das Interesse Hoovers, die Schuldenfrage mit der Weltwirtschaftskonferenz und der Abrüstungskonferenz zu verkoppeln.

Roosevelt teilt nicht die übrige falsche Ansicht, daß die Wirtschaftskrise im wesentlichen auf der Zerrüttung des Geldwesens beruht. Auch er erkennt zwar an, daß die Schuldenfrage für das Vertrauen innerhalb der wirtschaftlichen Beziehungen der Länder eine Rolle spielt (sogar so sehr, daß der anscheinend von ihm inspirierte Colonel House kürzlich in den „Foreign Affairs“ für völlige Aufhebung der Schulden eintrat), aber er sieht doch keine so enge Verbindung mit der Wirtschaftskrise, daß er eine Verkoppelung der Schuldenregelung mit der Weltwirtschaftskrise zulassen möchte. Offenbar ist ihm auch daran gelegen, die Schuldenregelung als politische Waffe in getrennten Verhandlungen mit den einzelnen Schuldnerländern in der Hand zu behalten.

In der Abrüstungsfrage andererseits steht (wiederum nach den Ausführungen des Colonels House) die demokratische Partei Roosevelts auf dem Standpunkt, daß Sicherheit der Abrüstung vorzugehen habe. Sicherheit gegen Angriffe durch Wirksamachen des Kellogg-Paktes, der Zwangsmaßnahmen gegen Angreifer vorsieht. Eine sehr bemerkenswerte Annäherung an den Standpunkt der französischen Regierung, durch die die in Frankreich auf Roosevelt gesetzten Hoffnungen anscheinend gerechtfertigt werden.

Roosevelt soll einmal einem Journalisten über die Abrüstungsfrage erzählt haben:

Frankreich wünscht vor allem anderen seine Sicherheit. Als im Jahre 1919 während der Friedensverhandlungen über die Sicherheit gesprochen wurde, frühstückte ich eines Tages mit Clemenceau, der gleichfalls sagte: „Das wichtigste für Frankreich ist die Sicherheit.“

„Was verstehen Sie unter Sicherheit?“ fragte ich.

Clemenceau antwortete: „Seit 1000 Jahren konnte keine Generation französischer Kinder aufwachsen, ohne innerhalb eines halben Jahrhunderts einen Krieg mit Deutschland erlebt zu haben. Ich will, daß künftige Generationen wenigstens 70 Jahre Frieden haben sollen.“

Angesichts der Einstellung Roosevelts und auch angesichts der in Genf anläßlich der Eröffnungssitzung des Vorbereitenden Ausschusses der Weltwirtschaftskonferenz geäußerten Ansichten ist also zu erwarten, daß die Kriegsschuldenregelung sowohl von der Weltwirtschaftskonferenz als auch von der Abrüstungskonferenz abgetrennt werden wird. Das ist besonders angesichts der sattsam bekannten Unfruchtbarkeit derartiger Konferenzen weder überraschend noch verwunderlich. Unabhängig von diesen Konferenzen hat die Schuldenfrage eine weit bessere Aussicht, zu einer vernünftigen Regelung gebracht zu werden. Die Regelung der „Reparations“-Frage beweist dies.

Was insbesondere die Lage Frankreichs angeht, so erscheint eine für dieses Land günstige Lösung der Schuldenfrage nicht ausgeschlossen, falls sich die Annäherung der USA an den französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage bewahrheiten sollte. Das kann zu erheblichen Veränderungen in den Machtpositionen der Gruppen kapitalistischer Staaten führen.

Zur Ergänzung

von Hoovers „Friedensbotschaft“.

Wie wir gestern berichteten, hat Präsident Hoover an den amerikanischen Kongreß eine Botschaft erlassen, in der er die Ratifizierung des internationalen Abkommens über Waffenlieferungen oder die Ermächtigung fordert, die Waffenausfuhr aus den Vereinigten Staaten zu verbieten.

„Ergänzend“ wird hierzu bekannt, daß Hoover selbstverständlich ein solches Verbot nur dann für nützlich halte, wenn gleichzeitig alle anderen Staaten das gleiche Ausfuhrverbot erlassen würden. — Wenn dem so ist, braucht der amerikanische Kongreß sich mit der Abstimmung über die Forderung Hoovers nicht zu beeilen: der Wenn-Satz reicht völlig aus, um alle amerikanischen Waffenfabrikanten zu beruhigen.

Der kommende Präsident Roosevelt hat sich der Absicht Hoovers, gegebenenfalls die Waffenausfuhr zu unterbinden und dadurch die Aufrechterhaltung des Friedens zu unterstützen, in jeder Beziehung angeschlossen. Auch er hält diesen Weg für den wirksamsten zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Friedens.

Bleibt Japan im Völkerbund? Die Provokation geht weiter.

Die Nachrichten aus China — Japan lassen erkennen, daß für die nächste Zeit alles andere zu erwarten ist, als eine Verständigung. Japanische amtliche Stellen teilen mit, daß trotz des Besuchs der amerikanischen, griechischen, französischen und italienischen Botschafter beim japanischen Außenminister Uchida eine Aenderung der japanischen Fernostpolitik nicht erfolgen werde. Die Lösung könne nur so vor sich gehen, wie Matsuoaka sie deutlich dargelegt habe.

Matsuoaka ist inzwischen aus Rom nach Genf zurückgekehrt, wo jetzt vertrauliche Beratungen stattfinden sollen über die Behandlung des Streitfalles durch den Völkerbund. Wie gemeldet wird, wollen jetzt einige Völkerbundsvertreter energisch darauf hinarbeiten,

den Völkerbund zu einer entschiedenen Stellungnahme gegen Japan zu nötigen. Man hält es in diesem Fall für ziemlich sicher, daß Japan aus dem Völkerbund austreten wird.

Japan hat inzwischen die chinesischen Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß die antijapanische Bewegung in jüngster Zeit sehr zugenommen habe, ohne daß die chinesischen Behörden etwas dagegen unternommen hätten. Diese gleichzeitig rohe und unverächtliche Forderung stellt den wahren Geist jedes Militarismus dar, sei er nun japanisch oder preußisch: Man trampelt als ungebetener Gast andern Leuten den Garten kaputt und fühlt sich obendrein noch beleidigt, wenn die Besitzer des Gartens nicht in der Art üblicher Muschkoten „Zu Befehl, Herr Korporal! (oder General!)“ sagen, sondern dem Bedränger eins hinter die Ohren schlagen. Daß der japanische Kommissar, der die erwähnte Beschwerde vorgebracht hat, sich zur Sicherung des Friedens berufen vorgibt, ist hiernach selbstverständlich.

Nach den Meldungen von der gleichen Stelle, soll China jedenfalls

zu äußersten Konzessionen bereit sein, was bei der Schwäche seiner militärischen Position selbstverständlich erscheint.

Die Generale Feng und Jentschong sollen an Tschangshuang telegraphiert haben, daß sie bereit seien, mit ihm gemeinsam den Kampf gegen Japan aufzunehmen und ihre Truppen nach der Provinz Jehol abzutransportieren.

Etwa 3000 Mann chinesischer Truppen sind beim Uebertritt über die russische Grenze von der OGPU entwaffnet und dann interniert worden.

In Moskauer politischen Kreisen ist man mit Recht erregt über den Zynismus Matsuoakas, der aus den von uns bereits früher berichteten Äußerungen hinlänglich hervorgeht, und der auch nach Meinung der Sowjet-Regierung nur den Versuch darstellt,

die Aufmerksamkeit von Japan weg, lediglich auf die russische „Gefahr“ im Fernen Osten hinzulenken.

Die kürzlich gehaltene Rede Stalins, derzufolge die Ereignisse im Fernen Osten und die Ablehnung eines Nichtangriffsvertrages seitens einer bestimmten Macht Rußland gezwungen hätten, einen Teil des Fünfjahresplanes auf die Erzeugung von Landesverteidigungsmitteln umzustellen, hat in amtlichen japanischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Aus Regierungskreisen verlautet, daß ein Nichtangriffspakt mit Rußland danach nicht mehr in Betracht kommen könne.

Japan werde jedoch in den bisherigen diplomatischen Beziehungen zu Rußland keine Aenderung eintreten lassen und auch dem im Februar neu zu ernennenden russischen Botschafter in Tokio das Agreement nicht verweigern.

Krach bei der SA in Franken. „Zersetzung von außen“!

Der soeben, anscheinend vorzeitig wieder aus seinem Urlaub zurückgekehrte Hauptmann Röh m hat den Gruppenführer der SA in Franken, den Reichstagsabgeordneten Willi Stegmann seines Postens enthoben. Gleichzeitig wurde eine ganze Anzahl anderer Unterführer der SA abgesetzt. Im Anschluß an diese Auseinandersetzung innerhalb der anscheinend in galoppierender Zersetzung befindlichen SA kam es in der Nacht auf Donnerstag zu blutigen Zusammenstößen im Hitler-Haus in Nürnberg. Die Anhänger Stegmanns suchten das Hitler-Haus und dort lagerndes Material für sich zu erobern. Die Polizei mußte die Ruhe mit Gewalt wieder herstellen.

Herrn Hitler kommt dieser Krach natürlich sehr un-gelegen, und es scheinen daher auf beiden Seiten Bestrebungen im Gange zu sein, zu retten, was zu retten ist. Der abgesetzte Stegmann und einige ebenfalls entlassene Standartenführer geben nämlich zu der parteiamtlichen Mitteilung ihrer Amts-enthebung eine Erklärung ab, die ihnen den Rückzug erleichtern und die Gunst Hitlers wieder erobern soll. Die Genannten verteidigen sich gegen die ihnen gemachten Vorwürfe und erklären, daß sie „treu zu dem Führer Adolf Hitler stehen“. Ebenso sucht man im „Braunen Haus“ in München den Konflikt zu verkleinern und den Ausgeschlossenen goldene Brücken zu bauen. Aus dem „Braunen Haus“ wird mitgeteilt, daß es sich um einen „unbedeutenden und nebensächlichen lokalen Vorfall“ handle. Das Verhalten Stegmanns bilde den Gegenstand einer dienstlichen Untersuchung. Wenn sich Stegmann einige unbesonnene SA-Leute „vorübergehend (!) angeschlossen hätten, so seien die Einheiten als solche davon gänzlich unberührt“. Im übrigen würden diese Leute sich wahrschein-lich wieder eines anderen besinnen.

Ueber die Ursache des Streits erfährt man nur, daß Steg- mann sich gegen Befehle der obersten SA-Führung aufgelehrt habe. Bekannt ist, daß zwischen Stegmann und dem Gau-leiter der NSDAP Streicher seit längerer Zeit Differenzen bestehen. So hatte Stegmann erklären lassen, daß er Streicher von seiner SA hinauswerfen lassen werde, wenn er in einer Versammlung auftauche. Das soll denn auch in Ansbach prompt durchgeführt worden sein. Stegmann ist übrigens zusammen mit Fememörder Heines an dem Ueberfall auf den sozialdemokratischen Schriftsteller Klotz im Reichstag beteiligt gewesen und wegen dieser Tat zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

In einer Mitteilung der Pressestelle der NSDAP in München wird behauptet, all die Vorgänge der letzten Zeit seien auf von außen herangetragene Zersetzungsversuche der Gegner der NSDAP zurückzuführen. Dabei hat diese „Pressestelle“ die Infamie, zu behaupten, auf der linken Seite schrecke man nicht davor zurück, „einen deutschnationalen Kreisvorsitzenden durch offensichtliche Spitzel hinmorden zu lassen, um die nieder-trächtige Tat dann mit der nationalsozialistischen Bewegung in Zusammenhang zu bringen“. Es handelt sich um den durch SA-Leute verübten Raubmord an einem Gutsbesitzer in der Nähe von Stettin. Die Unterstellung, daß diese SA-Leute Spitzel „von links“ seien, ist wirklich die Höhe nationalsozialistischer Niedertracht. Es wird auch nicht der leiseste Versuch gemacht, diese Behauptung zu beweisen, dagegen ist nicht abzuleugnen, daß die Räuber bis zu ihrer Verhaftung der SA angehörten, daß ihre Waffen aus dem Depot der SA in Stettin stammten und daß die angewandten Bürgerkriegsmethoden die in der SA üblichen waren.

Erbauliches aus Nazikreisen.

Eine Genossin schickt uns folgende Gespräche, die sie anlässlich einer großen Naziversammlung erlauskte und die uns kennzeichnend für den „Geist“ weiter Kreise der kleinbürgerlichen Nach-läufer Hitlers erscheinen:

Eine nationalsozialistische Versammlung in der Kasseler Stadthalle. Etwa eine Stunde vor Beginn ist der große Saal schon gefüllt. Hauptsächlich Frauen. Neben mir ein Ehepaar. Kleinbürger. Sie liest laut die Sprüche auf den Transparenten

EINE BEICHTTE VON THEODOR PLIVIER

Zwischen uns und der Demonstration blieb ein freier Raum, und ich glaubte schon, aufatmen zu können. Doch da ging ein Schieben los, die Hinten drängten nach. Ganz vorn ein Flandernmann und eine junge Frau; sie war groß und hatte ein schwarzes Kleid an.

„So sehen doch keine Verbrecher aus!“ sagte ich mir. Langsam kommt der Flandernmann näher. Ich kann doch auf ihn nicht schießen und auf die junge Frau.

Und dann die Rufe. „Kameraden!“ ruft der Flandernmann. „Brüder!“ ruft die Frau. Und gleich hinterher: „Nicht schießen!“ „Kommt zu uns!“ Dazwischen unser Leutnant: „Zurück, ich habe Befehl, ich lasse feuern . . .“ „Hochhalten!“ flüsterte Jackel mir in diesem Augen-blick zu.

„Hochhalten“, sage ich zu meinem rechten Nebenmann, und der gibt es leise weiter. Die Pistolenläufe heben sich merklich, und ich werde ganz ruhig. Das Gesicht unseres Leutnants ist grau und verzerrt; man sieht ihm an, daß er denkt wie wir.

„Fertig machen!“ ruft er und fügt hinzu: „Wenn ich kommandiere, müßt ihr schießen . . .“ Da wußte ich, daß er sich mit seinen Worten nur Mut machen wollte. Auf zwanzig Schritte ist die Demonstration heran-gekommen. „Feuer!“ kommandiert der Leutnant.

Das alte Wohlwollen der Justiz gegenüber Nazis.

Der nationalsozialistische Mörder von Lichtenrade.

Der Haftbefehl gegen den SA-Mann Osthoff, der in der Silvesternacht in Lichtenrade den Kommunisten Her-mann erstochen hat, ist vom Berliner Vernehmungsrichter wegen „Verdachts der Körperverletzung mit tödlichem Aus-gang“ erlassen worden. Der Unternehmungsrichter hält Tot-schlag nicht für gegeben, da kommunistische Zeugen bestätigt hätten, daß Osthoff „zuerst von Kommunisten durch Schimpfworte belästigt worden sei“!

Diese Eröffnung des Verfahrens veranlaßt uns, es mit aufmerksamem Mißtrauen weiterzuverfolgen.

Der Mord an Hermann geschah in einem vorbereiteten Ueberfall. Es liegt also schwerer Landfriedensbruch vor. Der Vernehmungsrichter hat jedoch keinen Verdacht in bezug auf dieses Delikt. Nicht einmal den Verdacht auf Totschlag als gegeben zu betrachten, dazu gehört ein hohes Maß an Wohl-wollen gegenüber dem Mörder.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die

Begünstigung der Mörder der Siemensstädter Kommu-nisten Grothe und Brechlin.

Unter den deswegen Angeklagten war der Nazi-Betriebsrat Kirsch. Wenn in der Gerichtsverhandlung Zeugen sagten, er habe auf Kommunisten mit einer Latte eingeschlagen, und ihn damit des schweren Landfriedensbruchs beschuldigten, so

schnitt der Vorsitzende solche Auskünfte ab mit den Worten: „Kirsch ist nicht deswegen angeklagt.“ Kirsch war nämlich nur wegen Widersetzlichkeit gegen Polizisten an-geklagt und erhielt dafür — drei Wochen Gefängnis!

Wie anders ist der Kommunist Bartl in Chemnitz behandelt worden!

Man hat ihm, obwohl kein derartiges Geständnis von ihm vorliegt, obwohl keine Zeugenaussage vorliegt, nach der Bartl jemals eine Tötungsabsicht geäußert hätte, die Ab-sicht untergeschoben, die Tötung mit gewollt zu haben, die sein entflohener Begleiter dann ausgeführt hat! Man hat ihn wegen Mittäterschaft an einem Mord zum Tode verurteilt.

Pastor Fuchs und Freiherr von Zedlitz,

zwei Nazis aus dem „Amts“-Bereich des Fememannes Heines, die im Zusammenhang mit Sprengstoffdiebstählen in Kynau verhaftet worden waren,

hat man jetzt laufen lassen.

Begründung bei dem Pastor: ein dringender Tatverdacht bestehe nicht mehr; bei dem Baron: Verdunkelungsgefahr und Fluchtverdacht liege nicht vor.

Wir sehen den Grund eher darin, daß Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz besonders hoch bestraft werden (wenigstens gegenüber Kommunisten!). Soeben erst erhielt ein Kasseler Kommunist drei Jahre Zuchthaus, weil er ein Paket Ammonit in seiner Wohnung aufbewahrt hatte.

Feuerüberfall auf kommunistische Demonstranten.

Am Wedding in Berlin wurde Mittwoch nacht aus einem Privatauto, das in schneller Fahrt durch die Straßen fuhr, von SA-Leuten auf eine Gruppe demonstrierender Kommunisten geschossen. Zwei Unbeteiligte, ein Mann und eine Frau, wurden durch Becken-, Brust- und Armschüsse schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus überführt werden. Dreiviertel Stunden später hat, wie die „Rote Fahne“ erfährt, dasselbe Auto, dessen Nummer IA 68 019 ist, in der Nähe einen zweiten Feuerüberfall verübt. Ob dabei ebenfalls Opfer zu beklagen sind, konnte bisher nicht festgestellt werden. — Kurze Zeit vor diesen Ueberfällen war es auf dem Gesundbrunnen in einem Ueberfall von etwa zwanzig Hitler-Leuten auf einige Arbeiterportier gekommen. Die Polizei kam den Nieder-geschlagenen noch rechtzeitig zu Hilfe und nahm eine größere Anzahl Nazis fest.

Sehn Sie, das ist ein Geschäft!

Oeffentliche Meinung zu verschachern gesucht.

Viele Leser bürgerlicher Zeitungen geben sich noch der Illusion hin, daß ihre Zeitung der „Allgemeinheit“ dienen wolle. Wem aber eine solche Zeitung wirklich dienen soll, zeigte eine große Anzeige in der „Frankfurter Zeitung“, nach der eine „Alte große Tageszeitung von Weltruf zu verkaufen“ ist. In der Anzeige heißt es:

„Die Zeitung ist hochrentabel. Bilanzmäßig nachweisbar und durch beeidigte Buchsachverständige jederzeit überprüf-bar Jahresgewinn selbst in den letzten Weltkrisenjahren 400 000 bis 500 000 Goldmark. Es kommen nur große Kon-zerne oder internationale Finanzgruppen als Käufer in Be-tracht . . .“

So wird auf Kosten der irregeführten Leser von Ver-tretern und Beauftragten der herrschenden Klasse „öffent-liche Meinung“ gegen Barzahlung gemacht und weiter ver-kauf. Und das Geschäft rentiert! — Und die anderen Zeit-ungen „von Weltruf“ nehmen solch eine Ramschanzeige auf und quatschen sich den Mund schäumig von hoher Aufgabe der Zeitungen. Pfui Teufel!

im Saale: „Die Judenzeitung aus dem Haus! Das Blatt für dich gibt Hitler raus!“ Schön — was?!

Ueber dem Rednerpult ein Riesentransparent mit Bild erregt ihre Bewunderung. „Hinein in die NSBO! Was ist denn das? Wohl wieder was Neues? Das heißt doch sonst NSBO.“ Sie fragt ihren Mann. Der kann auch keinen Aufschluß geben. „Aber schön!“ sagt sie.

Hinter mir erregt sich eine Mutter vom Lande darüber, daß den Kasseler „Hitlermädechen“ gestattet ist, weiße Kragen auf den braunen Kleidern zu tragen. „Ihr dürft es doch nicht“, sagt sie zu ihrer Tochter.

Womit denn alles bewiesen wäre . . .

Kurz vor Redaktionsschluß erhalten wir ein Flugblatt der Nazis, in dem zu einer „Massenversammlung“ mit dem Thema „Wir und Schleicher“ aufgefördert wird. Auf dem Zettel steht das offenerzige und aufschlußreiche Re-kenntnis:

„Unserer katastrophalen wirtschaftlichen Lage wegen ist Erscheinen aller Volksgenossen Pflicht.“

NSDAP, Ortsgruppe: Luisenstadt.

Wer zweifelt nun noch an der Kassenpleite der Nazipartei?

„Tradition“ steht niedrig im Kurs.

Vor einiger Zeit meldete der Handelsteil der „Frankfurter Zeitung“, daß die Firma „Verlag Tradition Wilhelm Kolk GmbH“ (Berlin), zu deren Hauptinteressenten einige rechts-stehende Politiker gehören, trotz der Sonderkonjunktur für politische Literatur dieser Richtung mit etwa 800 000 Mark Schulden ihre Zahlungen eingestellt hat. Die Herren Kapitän-leutnant Ehrhardt und Major Pabst, die unseres Wissens hinter diesem Verlage stehen, werden sich künftig also für ihre Propaganda eine andere Firma suchen müssen.

Naziüberfall auf Kommunisten in Westerland (Sylt).

M. D. Am vergangenen Sonnabend mittag wurden in Westerland auf Sylt zwei Kommunisten, der KP-Stadtverord-nete Jürgensen und der erst kürzlich amnestierte KP-Anhänger Eichberger, von drei Nationalsozialisten feige überfallen. Bei der Schlägerei wurde der Kommunist Jür-gensen an Kopf und Rücken erheblich verletzt.

Ein Höllengeknatter geht bei uns los.

Mir ist furchtbar heiß und ich sehe nichts mehr. Ich weiß nur, daß ich einen Schuß nach dem anderen löse. Nach dem fünften oder sechsten Schuß höre ich auf und frage mich, ob ich auch wirklich hochgehalten habe. Ich will auf- stehen, um dem hinter mir stehenden Bremer eine runter zu hauen. Der knallt immer noch an meinem Ohr vorbei, ich muß den Kopf wegbiegen. „Verdammtter Kerl, der schießt mir noch von hinten in den Kopf!“ denke ich.

Alles ist auseinandergerannt.

Die Straßen sind nicht weit genug für die vielen Men-schen. Die Schaufenster gehen kaputt. Und die Frauen schreien. Diecht vor uns liegt eine und wimmert. Ganz plötzlich hören wir es.

Sie stützt sich auf die Arme und kriecht von uns weg. Nur ein Stück, dann bricht sie wieder zusammen. Ich muß an die junge Frau in dem schwarzen Kleid denken; sie ist nirgends mehr zu sehen . . .“

Während der ganzen Zeit habe ich den Besucher nicht unterbrochen. Aber jetzt, wo er auch die eigentliche Tat in viele Einzelheiten und Nebenumstände zerlegt, dabei aber für sein eigenes Verhalten nur unbestimmte Ausdrücke findet, scheint es mir an der Zeit, einzugreifen.

Ich richte die Frage an ihn:

„Sie haben also immer hochgeschossen?“

„Ich habe immer hochgeschossen“, wiederholt er und blickt mir in die Augen. Ich glaube ihm nicht. Wir schweigen und blicken uns unverwandt an.

Und dann bricht es aus ihm hervor:

„Das ist es ja, um diese Frage habe ich mich herum ge-logen. Vierzehn Jahre, und jetzt wieder. Und es ist wahr, ich habe hineingeschossen!“

Da war ein Matrose, deshalb bin ich ja hergekommen, der mit dem schwarzen Wuschelkopf. In Ihrem Buch habe ich gelesen, daß er Schorsch hieß und was er auf dem Schiff gesagt hat. Und er hatte recht, er hatte ganz recht. Sie

schreiben, daß er klein war, aber ich sehe ihn riesengroß, ohne Mütze mit einem schwarzen Kopf. Er war ohne Waffen, wäre er nur langsam herangekommen und nicht gleich auf uns losgesprungen. Mir wurde kalt, ich weiß noch, wie mir die Zähne klapperten.

Da drückte ich ab, zweimal hintereinander.

Er läuft noch, aber dann bleibt er stehen. Er sieht mich an und bewegt den Mund; ich denke, er will sprechen, doch er sieht mich nur an.

Ein Mensch wie ich, ein Matrose in der gleichen Uni-form. Und ich knie da, mit der rauchenden Pistole in der Hand, und sehe, wie er seine Arme in die Luft wirft, und mit dem ganzen Oberkörper eine Bewegung macht. Dann fiel er um, nach hinten.

Ich verstehe das nicht; es wurde geschrien, es kullte; der ganze Platz tobte . . . dabei hörte ich ganz deutlich, wie er aufs Pflaster hinschlug.

Das Geräusch vergesse ich nie.

Das war der Augenblick, wo ich aufspringen wollte und dem Bremer eine runterhauen. Ja, das muß ich ebenfalls sagen, das fing schon damals an, das Vertuschen meiner Schuld: der Bremer muß reingehalten haben. Wie hätten seine Schüsse sonst so nahe an meinem Kopf vorbe gehen können . . .

„Du Hund!“ sage ich zu ihm.

Und alle sehen ihn an.

Ich weiß nicht, ob noch viele aus dem gleichen Grund wütend auf ihn waren. Aber ich glaube es nicht. — fast 300 Schuß haben wir abgegeben, aber nur acht Tote und neun-undzwanzig Verwundete blieben auf dem Platz.

Die meisten haben wohl in die Luft gefeuert.

Der Leutnant hat von dem Zwischenfall mit dem Bremer nichts bemerkt. Er befiehlt, einen neuen Ladestreifen ein-zuschieben und die Pistolen fertigzumachen.

Die Menge hat sich wieder gesammelt.

Aus allen Seitenstraßen drängen sie heran, aber wie vorher, nur zögernd und mehr von hinten geschoben.

(Schluß folgt.)

Fortschritte der Internationalität

Neues Internationales Signalbuch.

Das Reichsverkehrsministerium wird in den nächsten Tagen die amtliche deutsche Ausgabe des neuen, am 1. Januar 1934 in Kraft tretenden Internationalen Signalbuchs der Öffentlichkeit übergeben. Es ist für den Verkehr in sieben Sprachen verfaßt worden, nämlich in Englisch als Grundsprache, Deutsch, Französisch, Italienisch, Japanisch, Norwegisch und Spanisch. Die einzelnen Flaggen, Funk- und sonstigen Signale sind in jeder Sprache so eindeutig auf einander abgestimmt worden, daß jedem nur eine ganz bestimmte Bedeutung zukommt und Verwechslungen ausgeschlossen sind. Auch die Unterscheidungssignale im Seeverkehr wurden im Zusammenhang mit dem neuen Signalsystem neu geregelt.

Man sollte an solchen internationalen Vereinbarungen, auch wenn sie für den Laien nicht so interessant sind, nicht achtlos vorüber gehen, zeigen sie doch, daß bei gutem Willen eine internationale Verständigung durchaus möglich ist. Warum sollte, was auf dem Gebiete des Verkehrswesens oder der internationalen Normung der wissenschaftlichen Sprache (zum Beispiel in der Anatomie) und ähnlichem möglich ist, nicht auch auf anderen, ebenso wichtigen Gebieten möglich sein? Die Menschen, insbesondere die Arbeiter, haben nur noch nicht genügend international denken gelernt, und vor allem werden sie von den engstirnigen Nationalismen interessiert und herrschenden Klassenschichten daran gehindert. Hier liegt der große Wert des Esperanto.

Internationale Solidarität.

Der holländische Fischereidampfer „Gerard“, der wegen des Generalstreiks in Ymuiden nicht gelöscht werden kann, legte am Dienstag in dem Wesermünder Fischereihafen an, um dort seinen Fang zu löschen.

Die Löscharbeiter verweigerten jedoch die Löscharbeit.

Ein schönes Beispiel! Die Arbeiterschaft braucht dringender und dringender wieder die Ermutigung durch solche Solidaritäts-Akte. Unversehens kann die europäische Arbeiterschaft in eine Lage versetzt werden, die ein so mutiges und solidarisches Handeln verlangt, wie sie es 1920 bewiesen hat. Damals rief die Transportarbeiter-Internationale auf, nach Polen keine Munition für den Krieg gegen Rußland hinauszulassen. Ueber diesen Kampf hat Johannes R. Becher folgendes gesagt:

„Macht's wie die Arbeiter von Gdingen,
Die einfach auf die Schiffe gingen
Und warfen in das Meer die Fracht.
So wird es mit dem Krieg gemacht!“

Ausdehnung des französischen Textilstreiks.

Der Streik der Textilarbeiter von Armantières, der jetzt seit einer Woche im Gange ist, dehnt sich weiter aus. Etwa 6500 Arbeiter streiken. Der Kampf geht gegen den Versuch der Unternehmer, die Löhne (die nur 140 bis 180 Francs, also 23 bis 30 Mark, die Woche betragen) um 12 bis 15 Prozent zu kürzen. Die Arbeiter rechnen mit einer sehr langen Dauer des Streiks, da die Verhandlungen mit den Unternehmern bisher keine Verständigung herbeigeführt haben.

In einer einzigen Weberei, in der die Arbeiter schon seit dem 28. Juli gestreikt haben, ist es zu einer Verständigung gekommen. Die Löhne werden dort um 9 Prozent gekürzt.

Tarifstreit in der Hochseefischerei beigelegt.

Nach längeren Verhandlungen über die Neuregelung der Tarifverträge in der Hochseefischerei ist zwischen den

Parteien eine Einigung erzielt worden. Die Tarifverträge sind unter Abänderung einiger Punkte bis zum 31. Dezember 1933 verlängert worden. Der Schlichtungsausschuß brauchte infolgedessen nicht mehr in Aktion zu treten.

Streik in Köln-Dellbrück.

Bei den Radium-Gummi-Werken in Köln-Dellbrück ist am Mittwoch morgen die gesamte, etwa 600 Mann starke Belegschaft in den Streik getreten. Der Streik wurde veranlaßt durch Akkord-Streitigkeiten mit der Firma, die vor kurzer Zeit etwa 700 Arbeiter entlassen hatte und nun versuchte, mit dem Arbeiterrat neue Akkord- und Prämiensätze zu vereinbaren. Das „Angebot“ der Firma wurde jedoch vom Arbeiterrat abgelehnt und die Belegschaft trat in den Streik. Die Werksleitung hat jetzt sämtliche Werksangehörigen aufgefordert, bis kommenden Freitag die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls sie sich als entlassen zu betrachten hätten.

Schiedsspruch im Münchener Speditionsgewerbe.

Infolge eines bindenden Schiedsspruches eines Tarifschiedsgerichts ist der Lohn- und Manteltarifvertrag mit Wirkung vom 1. Januar 1933 an erneuert worden. Die Änderungen beim Manteltarifvertrag beziehen sich auf die Urlaubskürzung. Nach einjähriger Beschäftigungsdauer beträgt der Urlaub 3 Arbeitstage (bisher 5); er steigt bis zur Höchstdauer von 10 (bisher 12) Arbeitstagen. Das seit Januar 1932 in Kraft befindliche Lohnabkommen gilt mit Beginn dieses Jahres weiter mit der Abänderung, daß der Speditionsarbeiter unter 21 Jahren den Tariflohn mit 15 Prozent Abschlag erhält. Der Wochenlohn des Kraftwagenführers beträgt mithin 42,10 Mark, des Kutschers 40 Mark, des Schaffners 39,10 Mark, des Speditionsarbeiters 38,25 Mark, ferner der Tagelohn 8,35 Mark, der Stundenlohn 1,20 Mark.

Ein falscher Handgriff — die Ursache der Premnitzer Explosion.

Welch ungeheure Verheerungen in der kriegswichtigen Chemie-Industrie ein einziger falscher Handgriff anrichten kann, zeigen die Einzelheiten über die neue Explosionskatastrophe in dem IG-Farbenwerk Premnitz bei Rathenow.

Als Ursache der Explosion ist festgestellt worden, daß ein Arbeiter auf der Pumpstation einen falschen Hebel bedient hat.

Die Folge dieses falschen Griffes war das Hineinfließen von Schwefelkohlenstoff in einen bereits gefüllten Kessel und infolgedessen die Entwicklung von Schwefelgasen und deren Entzündung. Leider sind durch die Explosion, wie bereits gemeldet, drei Arbeiter verletzt worden, einer von ihnen sehr schwer. Außerdem wurde ein Gebäude völlig abgedeckt. Es ist reiner Zufall, daß nicht der Schwefelkohlenstoff zur Explosion kam — es wären dann weit größere Verheerungen entstanden.

Es ist sehr begrüßenswert, daß ein Ausschuß des Betriebsrats genaue Nachforschungen über die Ursache anstellt,

um dann die beteiligte Arbeiterschaft des Werks darüber aufzuklären, wie in Zukunft ein solches Unglück verhütet werden kann.

Von „fachmännischer Seite“ wird darauf hingewiesen, daß es sich um einen „reinen Betriebsunfall“ handele, wie er überall da vorkommen könne, wo nicht rein maschinell gearbeitet werde. Bei der chemischen Industrie seien allerdings die

Folgen eines derartigen Unfalls wegen der Gefährlichkeit der verarbeiteten Stoffe in der Regel weit schwerer als in anderen Industrien.

Die Chemie-Arbeiter, die an so verantwortlicher Stelle stehen, wie der Arbeiter in der Pumpstation des Premnitzer Werks, sollten also den gefährlichen Hebeln und Handgriffen die gewissenhafteste Aufmerksamkeit zuwenden.

Interessante Entscheidung eines Arbeitsgerichts.

Vor einiger Zeit hatte die Reichsbahn-Direktion Frankfurt am Main mehr als 500 Stamarbeiter einen Revers vorgelegt, durch dessen Unterzeichnung sich diese Arbeiter mit der Ueberführung in das Zeitarbeiterverhältnis einverstanden erklären sollten. Als die Stamarbeiter die Unterzeichnung ablehnten, wurde ihnen gekündigt.

Die Entlassenen erhoben Einspruchsklage. Zur Begründung führten sie an, daß die Ueberführung in das Zeitarbeiterverhältnis eine ihnen nicht zuzumutende Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses bedeute, da Zeitarbeiter höchstens 6 Monate im Jahr beschäftigt werden, während Stamarbeiter das ganze Jahr über Arbeit erhalten. Auch das Landesarbeitsgericht hat der Einspruchsklage stattgegeben, da eine solche Verschlechterung keinem Arbeiter zugemutet werden könne.

Einheitsfront-Erfolg.

Das neue Stadtverordneten-Kollegium in Pirna hat sich am Mittwoch ein rein kommunistisches Präsidium gewählt. Stadtverordneten-Vorsteher wurde in der Stichwahl der Kommunist Ehrlich mit den sozialdemokratischen Stimmen. Für die Stellvertreter machte keine andere Partei Vorschläge, so daß auch diese Posten an die Kommunisten fielen. Das alte Präsidium des Stadtverordneten-Kollegiums war bürgerlich.

Bevorstehende Amnestie in Bulgarien.

Im bulgarischen Parlament steht augenblicklich ein großes politisches Amnestiegesetz zur Debatte, das, unter dem Druck der Bauernpartei, auch die Begnadigung der Emigranten enthält. Zu diesen gehören die vier ehemaligen Mitglieder des Stamboljiski-Kabinetts, die zum Tode verurteilt waren: Todoroff, Oboff, Asthanassoff und Stojanoff. Man nimmt an, daß Todoroff es trotz der Begnadigung nicht wagen wird, nach Bulgarien zurückzukehren.

Etwas gleichzeitig mit dem Amnestiegesetz wird von der Regierung eine allgemeine Begnadigungsliste bekanntgegeben werden, und zwar aus Anlaß der Geburt eines Thronfolgers.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Braunschweig: Sonnabend, 14. Januar, 20.15 Uhr, Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Arbeiter an die Abwehrfront! Redner: Erich Irmer (Berlin).

Frankfurt a. M.: Freitag, 13. Januar, 20.15 Uhr, Thema: Kapitalistische oder sozialistische Krisenüberwindung? Redner: Hellmut Rauschenplat (Berlin).

Kassel: Freitag, den 13. Januar, 20.15 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Thema: Der ISK und seine heutige Aufgabe in der Arbeiterbewegung. Rednerin: Minna Specht.

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwald
Eisenplatz 12

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Realdanzstr. 97/98
Telefon: D 6 Waddina 2358
Bei Vorzeile d. Inserates 5% Rabatt!

Getrocknete Bananen

sind nahrhaft u. billig
als Brotbelag und zum
Obst für jung und alt
zu verwenden.
Postpäckchen 4 Pfund
brutto nur 3 Mark.
frei Haus, n. a. Orten
Vorzahlung auf Postscheckkonto
Magdeburg 17924
erbeten.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.v. Guerickestr. 104

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O112
Scharnweberstr. 16/17.

Selben
Wirtschaftsartikel
gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

Schallplatten sind besser. Hören Sie z. B.:
Furtwängler, Unkarische Tänze Nr. 1 und 2. von Brahms
Plattenpreis: 3,25 Mark
Furtwängler, Brandenburgisches Konzert Nr. 3 G-Dur, v. J. S. Bach
oder Air aus Suite D-Dur, von J. S. Bach
Plattenpreis: je 5,40 Mark
Otto Plotenhauer, Weimar, Gläserstr. 14.

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO4, Eibenbofener 29, Perarisch Sammelnummer P1 Moritzplatz 5471

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 35, Luisenweg 61 III.
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach
ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem
Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönheit
Herren- und Damen-Maßschneiderei
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Judenstraße 8, III.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Seit
10. Januar: **Asien — so und so:**
Der Russenfilm
Der blaue Express
Regie: I. Trauberg
Der Rächer des Tong
mit Edward Robinson
Erste Vorstellung 15. letzte Vorstellung 21 Uhr

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Werbt Abonnenten
Sammelt Anzeigen
Bewirbt bei Einkäufen
unserer Inserenten



POLITISCH
WIRD DER MENSCH
GESCHEITER
DURCH BÜCHER MIT
DEM FACKELREITER

Lassen Sie sich bald einmal den reich illustrierten Katalog
kostenlos schicken vom
FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.

Betrachtungen über den Krieg und anderes
von Ku Hung-ming.

107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.

Inhalts-Uebersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und anderes.

Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto Berlin 818 42.

Wozu Militärattachés?

Wie von zuständiger amtlicher Stelle aus Frankreich erklärt wird, vertritt die französische Regierung nicht die Ansicht, daß Militärattachés als „Militärmissionen“ im Sinne des Artikels 179 des Versailler Vertrags anzusehen und also verboten sind. Die Einsetzung von Militärattachés kann daher unabhängig von dem Erfolg der Genfer „Gleichberechtigung“-Verhandlungen erfolgen.

Außer den Militärattachés, die zum 1. April in die Welt geschickt werden, sind eine Anzahl von Marineattaché-Posten vorgesehen worden, die zum 1. Oktober 1933 besetzt werden. Es handelt sich dabei um Washington, Stockholm, Tokio und Moskau.

Angeblich erhalten alle Militär- und Marineattachés Anweisung,

nicht direkt mit der Reichswehr in Verbindung zu stehen, sondern alle Berichte über die diplomatischen Vertreter Deutschlands im Ausland, also über die Gesandten und Botschafter, zu schicken. Diese Regelung wird vorsorglicher Weise sogleich der Öffentlichkeit mitgeteilt, damit diese nicht in Versuchung gerät, im Zusammenhang mit der Ernennung der Militärattachés Erinnerungen an die Kaiserzeit auszukramen. Damals pflegte es nämlich vorzukommen, daß es zwei Ausgaben deutscher Außenpolitik gab: eine, die offizielle, die vom Außenminister und den Botschaftern getrieben wurde; und die andere, weniger offizielle aber dafür oft umso bedeutendere, die von den Militärattachés in Verbindung mit dem Generalstab oder direkt mit dem Kaiser unternommen wurde.

Eine andere, wenig Sympathie erregende Beschäftigung mancher Militärattachés vor dem Kriege war die

Spionage.

Der Fall Dreyfus ist ja lediglich darum zustande gekommen, weil der deutsche Militärattaché in Paris Mitglieder der französischen Armee bestochen hatte, um sich Mitteilungen über die Militärpläne zu verschaffen. Bekanntlich entfaltete Herr von Papen während des Krieges eine ähnliche Tätigkeit in Washington.

Selbstverständlich liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß Schleicher seine Reichswehrvertreter zum Zweck der Spionage nach den wichtigsten Hauptstädten sendet; denn die Reichswehr konnte sich in den 15 Jahren seit dem Kriege sicher über den Rüstungsstand in anderen Ländern informieren. Auch die doppelte Außenpolitik ist im Augenblick nicht zu fürchten: da der Chef der Reichswehr selber auch Chef der Regierung, also auch der diplomatischen Außenpolitik ist, braucht er keine zweite Ausgabe der Außenpolitik mehr. Das könnte anders werden, wenn Schleicher eines Tages nicht mehr Reichskanzler ist. Vielleicht gewinnt die Vertretung der Reichswehr im Ausland dann an Bedeutung.

Durcheinander Im Interessentenhaufen.

Regierung, Schlot- und Krautbarone.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, hat der Reichslandbund gegen den auf der ersten Seite dieser Nummer abgedruckten Beschluß der Reichsregierung Stellung genommen, und zwar in der Hauptsache so, die Reichsregierung hätte in ihrer Darstellung Unrichtigkeiten und Lücken stehen lassen.

Der Reichsvorband der deutschen Industrie veröffentlicht gegen die Resolution des Reichslandbundes, die wir ebenfalls auf der ersten Seite bringen, eine scharfe Erklärung, in der er es ablehnt, sich in eine sachliche Unterhaltung mit den Führern des Reichslandbundes einzulassen.

Wir erleben also das groteske Schauspiel, daß Reichsregierung, Reichslandbund und Reichsvorband der deutschen Industrie sich gegenseitig der Nichtachtung der deutschen Interessen, also des berühmten undeutschen Verhaltens zeihen.

Verdientes Ende eines „passionierten Jägers“.

Der Bildhauer Fritz Mennicke in Halle an der Saale, ein „passionierter Jäger“ (lies: Tierlustmörder), wollte seinen Sohn auch zu einem Jäger erziehen und beauftragte ihn deshalb immer mit dem Reinigen seines Gewehres. Dabei löste sich am Sonnabend beim Hantieren des Sohns mit dem Gewehr ein Schrotschuß, den der Vater vergessen hatte. Der Jäger wurde so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb.

Aus der Beschlußfabrik.

Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags.

In der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages am Mittwoch wurde ein kommunistischer Antrag mit den Stimmen der Antragsteller, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten angenommen, an Stelle der Fürsorgepflichtarbeiten Notstandsarbeiten bei Zahlung tariflicher Löhne und bei versicherungspflichtigem Arbeitsverhältnis der Notstandsarbeiter durchzuführen. Der Beschluß wurde gefaßt, obwohl der Regierungsvertreter erklärt hatte, daß aus finanziellen Gründen nicht überall die Möglichkeit bestehe, Notstandsarbeiten aufzuziehen. Fürsorgepflichtarbeiten müßten auch neben den Notstandsarbeiten weiterhin bestehen, da sie zur „Prüfung des Arbeitswillens“ (1) von Bedeutung seien.

Mit großer Mehrheit wurde auch ein nationalsozialistischer Antrag auf Abschaffung der Leistungszulagen bei der Reichsbahn und auf Verwendung der entsprechenden Summe zur Arbeitsbeschaffung angenommen. Ebenso fand ein kommunistischer Antrag Annahme, im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten zum Tariflohn und im versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis auszuführen. Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde der gemeinsame Antrag des Volksdienstes, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei zum Beschluß erhoben, wonach für die Arbeitsvermittlung bei der Arbeitsbeschaffung auch die gesetzlich anerkannten, nicht gewerbsmäßigen Stellenvermittlungen neben den Arbeitsämtern als gleichberechtigt anerkannt werden sollen. Eine große Mehrheit fand sich für einen weiteren Antrag, Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung von Arbeitern nicht an solche Unternehmer zu geben, denen Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm übertragen worden sind. Ein Zentrumsantrag auf Anweisung an die Finanzämter zur Verhinderung von Mißbräuchen bei Ausgabe von Steuergutscheinen für Mehrbeschäftigung wurde in der Fassung angenommen, daß als Mißbrauch angesehen werden soll die Ausgabe von Steuergutscheinen in Höhe von mehr als 50 Prozent der Lohnsumme der im einzelnen Falle mehrbeschäftigten Arbeitnehmer, die Entlassung von älteren und verheirateten Arbeitnehmern und solchen, die Angehörige unterhalten oder unterstützen, sowie die Einstellung von jüngeren Arbeitskräften an deren Stelle und die Einstellung von Ausländern.

Am Dienstag kommender Woche wird der Ausschuß zunächst die Anträge zum freiwilligen Arbeitsdienst und zur Dienstpflicht beraten.

Behebung der Erwerbslosigkeit durch Schmuggeln.

Aufschlußreiche Statistik über den Schmuggel im Westen.

Trotzdem in den letzten Monaten die Schmuggelabwehr ganz erheblich ausgebaut wurde und offensichtlich auch größere Erfolge zu verzeichnen hat, lassen die Schmuggler nicht von ihrem Handwerk. Fast unglaubliche Tricks werden angewandt, um immer wieder den Zöllnern einen Streich zu spielen und die verbotene Ware über die Grenze zu schaffen. Eine vom Landesfinanzamtsbezirk Köln, in dessen Bereich das Hauptschmuggelgebiet liegt, veröffentlichte Zusammenstellung über die im Kalenderjahr 1932 erzielten Erfolge in der Schmuggelbekämpfung zeigt eindrucksvoll den Umfang des Schmuggels. Allein 34 500 Strafanzeigen wegen Schmuggels wurden im Jahre 1932 erstattet. Bei den aufgefundenen Schmugglern fielen den Zollbeamten außer anderem 9 271 000 Stück Zigaretten, 198 400 Heftchen Zigarettenpapier und 29 200 Kilogramm Tabak in die Hände. An Kaffee verfielen 1932 allein 92 700 Kilogramm, an Zucker 161 800 Kilogramm, an Brot 82 800 Kilogramm der Beschlagnahme. Auch Getreide und Mülerei-Erzeugnisse sind nach wie vor ein begehrter Schmuggelartikel. An Getreide wurden den Schmugglern 105 500 Kilogramm, an Mülerei-Erzeugnissen 100 000 Kilogramm abgenommen. Die Verschärfung der Bestimmungen in der Schmuggelabwehr brachte auch eine Verfügung, wonach die beim Schmuggel benutzten Fahrzeuge ebenfalls der Beschlagnahme verfallen. Im Kalenderjahr 1932 waren es 1648 Fahrräder, 57 Krafträder und 168 Kraftwagen.

Bei allen diesen Zahlen muß man berücksichtigen, welche erheblichen Mengen die Schmuggler immer noch zollfrei über die Grenze zu bringen verstehen. Die große Arbeitslosigkeit trägt nicht zuletzt einen Teil der Schuld daran, daß der Schmuggel ein so ungeheures Ausmaß angenommen hat. Die Verdienstmöglichkeiten beim Gelingen eines Schmuggeltransportes bieten den Arbeitslosen einen zu großen Anreiz. Viele geschmuggelten billigen Waren dienen auch dem Eigenverbrauch der von kärglichster Unterstützung lebenden Erwerbslosen.

Sitzung des Rechtsausschusses des preußischen Landtags.

Der Rechtsausschuß des preußischen Landtags beschäftigte sich am Mittwoch nachmittag mit einigen Anträgen. Annahme fand ein Antrag der nationalsozialistischen Fraktion, worin das Staatsministerium ersucht wird, anzuordnen, daß Ladungen zum Strafantritt an zu Freiheitsstrafen rechtskräftig Verurteilte nicht ergehen, ehe dem Verurteilten das ihn verurteilende, mit Gründen versehene Urteil zugestellt ist.

„Keine Ausgaben ohne Deckung“. Einschneidende Maßnahmen für die Gemeinden in Anhalt.

Das Gesetzblatt enthält eine Verordnung des Staatsministeriums über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Grundsatz „Keine Ausgaben ohne Deckung“ wird so strikt durchgeführt, daß künftig ein Gemeindeparlament nicht einmal Anträge verhandeln darf, die diesen Grundsatz nicht berücksichtigen. Weist ein Gemeindevorstand dennoch Zahlungen an, die den Haushalt überschreiten, so haftet der Gemeindevorstand der Gemeinde dafür und ist der Gemeinde zum Schadenersatz verpflichtet. Von Bedeutung ist auch die Bildung eines Prüfungsverbandes, dessen regelmäßiger Prüfung ihres Haushaltes, Kassen- und Rechnungswesens sich jede Gemeinde zu unterziehen hat. Endlich können die Gemeinden die Beschlußzuständigkeit für bestimmte Geschäftszweige Ausschüssen übertragen, die von der Gemeindevertretung aus ihrer Mitte gewählt werden.

So weit, so gut; das sieht auf dem Papier alles sehr schön aus, handelt es sich doch eigentlich um Selbstverständlichkeiten, die bei jeder einwandfreien und verantwortungsbewußten Haushaltsführung berücksichtigt werden sollten. Die Frage ist nur, wie wird die Praxis aussehen? Anhalt ist nach wie vor ein Klassenstaat. Die Gemeinden sind nun zwar gezwungen, ihre Haushalte aus eigener Kraft in Ordnung zu bringen. Woher aber sollen sie die Mittel nehmen? Wie in jedem Klassenstaate werden eben die Armen, die Wehrlosen und schon am meisten Ausgebeuteten, kurz die Proletarier, die größte Last aufgebürdet bekommen. Die weitere Frage ist, wie lange die Proletarier diese Last noch tragen können und wie lange sie es noch erlauben werden, ihnen die Last in ungleicher Weise aufzubürden.

Der preußische Landtag ist nun endgültig auf Dienstag, den 17. Januar, einberufen worden.

Dingeldey bei Schleicher.

Schleicher hat die Absicht, in dieser Woche mit Vertretern der Parteien in Fühlung zu treten. Am Mittwoch nachmittag empfing er den Abgeordneten Dingeldey von der Deutschen Volkspartei zu einer „inoffiziellen“ Aussprache über die innenpolitische Lage. In den nächsten Tagen wird der Reichskanzler mit dem Führer der Deutschnationalen, Hugenberg, und zu Beginn der nächsten Woche mit dem Zentrumsführer, Prälat Kaas, Verbindung aufnehmen.

„Sie konnten zusammen nicht kommen“.

Bisher hat Hitler noch keine Schritte getan, um eine Zusammenkunft mit dem Reichskanzler von Schleicher herbeizuführen, während andererseits Schleicher keinen Anlaß sieht, von sich aus den ersten Schritt zu tun.

Dankend abgelehnt!

Reichskanzler von Schleicher gab am Dienstag einen Bierabend für die studentischen Verbände, auf dem die Fragen der Zusammenarbeit mit dem Arbeitsdienst und dem Reichskuratorium für die Jugendertüchtigung besprochen wurden. An dem Empfang nahmen Vertreter aller studentischen Verbände einschließlich der katholischen Verbände, mit Ausnahme des Deutschen Sozialistischen Studentebundes, teil, der dem Kanzler auf seine Einladung hin eine Absage erteilt hatte. Bravo!

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lipmann, Berlin. Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 29/29.

Weltfriede und Arbeiterbewegung.

Von Edo Firmen,

Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

In wieder andern Ländern geht man noch weiter, und ist man bereit, nicht nur die Männer als Soldaten, sondern die ganze Bürgerschaft, Männer, Frauen und Kinder, im Kriegsfall in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. So stehen wir vor der Tatsache, daß z. B. in Frankreich es die Gewerkschaften waren, die von allen Gewerkschaften als erste die Bekämpfung des Krieges forderten und die auf den internationalen Gewerkschaftskongressen dem Antrage auf Durchführung des Generalstreiks zur Verhinderung eines Krieges begeistert zustimmten, während die sozialistische Partei einen Entwurf im Parlamente einbrachte — und dieser wurde auch angenommen — wonach bei drohender Kriegsgefahr jeder französische Bürger, gleich ob Mann oder Frau, jung oder alt, in die Kriegsmaschine aufgenommen wird. Die selben Männer, welche sich verpflichteten, den Krieg mit allen Mitteln zu verhindern, werden auf Grund dieses Gesetzes in die Kriegsmaschine hineingezwängt und direkt oder indirekt als Schlächter oder Schlachtvieh gebraucht. Solange die Internationale nicht imstande ist, national in derselben Weise vorzugehen, haben alle Resolutionen und alle Beschlüsse über eine gemeinsame Aktion im Falle eines drohenden Krieges keinen Wert. Das gilt auch von der Resolution, die der Internationale Gewerkschaftsbund auf seinem im Juli d. J. in Stockholm abgehaltenen internationalen Kongreß angenommen hat und worin er nochmals, aber in weniger weitgehender Weise als in der von der Haager Konferenz angenommenen Resolution, fordert, daß die Arbeiter für Abrüstung und für die Bekämpfung der Kriegsgefahr eintreten.

Muß die Arbeiterbewegung sich denn gegen die Abrüstung aussprechen? Nein; natürlich nicht. Jeder Pfennig, der nicht für Rüstungen ausgegeben wird, kann anders und besser verwendet werden. Aber es ist ein großer Fehler, zu glauben, daß durch eine Abrüstung der kommende Krieg verhindert werden könnte. Der Glaube an diese Möglichkeit ist eine schlimme Selbsttäuschung. Alles, was bisher noch bezüglich der Abrüstung oder Beschränkung der Rüstungen geschehen ist, hat schließlich keine andere Bedeutung gehabt, als daß man davon Abstand genommen hat, Geld weiter auszugeben für Kriegsschiffe und Kanonen, deren Wert für einen kommenden Krieg auf Grund der technischen Entwicklung recht zweifelhaft geworden ist, und man andererseits Summen, oft weit größere als die ersparten, für die Anschaffung von Luftschiffen, Flugzeugen und die Verbesserung der Kriegsgase verwendete und noch verwendet. Die ganze Entwicklung der Kriegstechnik hat dazu geführt, daß fast alle bisher gefaßten Beschlüsse zur Bekämpfung des Krieges, sogar wenn sie durchgeführt werden, ihren Wert verloren haben. Ich weise nur darauf hin, daß z. B. die Transportarbeiter es für ihre Pflicht halten, den Transport von Kriegsmaterial so schnell wie möglich zu überwachen und zu verhindern. In Wirklichkeit bedeutet das aber nichts weiter, als daß die imperialistischen Mächte ihre Bewaffnung trotzdem durchsetzen, und der legale oder illegale Waffenhandel für diejenigen Völker, die keine eigene Waffenfabrikation haben, nämlich die farbigen, von der weißen Rasse unterdrückten und sich gegen die weiße Rasse auflehrenden Völker, unterbunden wird, und diese waffenlos weiter den imperialistischen Mächten ausgeliefert sind.

Die alles überragende Frage

ist heute: Was wird die Arbeiterklasse tun, falls trotz aller Resolutionen, trotz aller Konferenzen, trotz aller Maßnahmen, die in Genf oder anderswo beschlossen werden, tatsächlich ein Krieg ausbrechen wird? Was wird die Arbeiterklasse

tun wenn sie ihre Forderungen nicht durchsetzt, und morgen, übermorgen, in 2 Jahren oder meinetwegen in 5 oder 10 Jahren doch ein Krieg über uns hereinbricht? Auf diese ausschlaggebende Frage gibt weder das Programm der sozialistischen Internationale noch das Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine klare, deutliche Antwort, und noch viel weniger geben sie der ihnen folgenden Arbeiterrecht Richtlinien für ihr Verhalten in einem solchen Falle. Die Arbeiterklasse fordert diese Antwort und diese Richtlinien, doch die Antwort bleibt aus; vor allem, weil die Führer zu ängstlich sind; vielleicht auch, weil ihnen der moralische Mut fehlt, dieser Frage auf den Grund zu gehen und die Konsequenzen ihrer Antwort zu tragen. Ueber eines können wir uns klar sein: der Feind trifft seine Vorbereitungen, und mit „Feind“ meine ich die der Arbeiterschaft gegenüberstehende Klasse. Die kapitalistische Klasse weiß, was sie will. Sie hat ihren Generalstab, sie hat ihre Vorbereitungen getroffen, und sie weiß auch, was sie im Falle eines kommenden Krieges und einer möglichen Sabotage ihrer Vorbereitungen durch die Arbeiterschaft zu machen hat. Die Arbeiterklasse steht ihr gegenüber; sie hat die Macht, aber es fehlt ihr der leitende Gedanke, es fehlt ihr die leitende Hand, es fehlt ihr die Führung, um ihre Kraft im Falle eines drohenden Krieges organisiert zur Verhinderung desselben anzuwenden. Die Tatsache, daß die Führer der Arbeiterbewegung 10 Jahre lang mit dem Völkerbund paktiert haben, auf ihn alle ihre Hoffnungen gesetzt und sich bemüht haben, die Arbeiter glauben zu machen, daß schließlich von ihm das Heil zu erwarten sei, ist Ursache gewesen, daß versäumt worden ist, sich nach wie vor die Wahrheit vor Augen zu halten, daß im Kampfe gegen Militarismus und drohende Kriegsgefahr wie in jedem anderen Kampfe, der im Interesse der Arbeiterschaft geführt wird, sie schließlich und ausschließlich nur auf ihre eigene Kraft rechnen darf und rechnen kann.

(Schluß folgt.)

Was lehrt uns die Agrarkrise in den USA?

Julian Gumperz: „Die Agrarkrise in den Vereinigten Staaten.“ („Veröffentlichungen der Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung“, neue Folge, Heft 2.) XII, 182 Seiten. 11.— Mark. Verlag Hans Buske, Leipzig. 1931.

Die Lektüre dieses Buches wurde uns von einem Anhänger des Kollektivismus dringend ans Herz gelegt, etwa mit der Begründung: Dies Buch gebe allen Gedanken an die Möglichkeit einer sozialistischen Marktwirtschaft den Todesstoß; denn Gumperz zeige, wie die von Marx behaupteten Entwicklungsgesetze sich auch in der Landwirtschaft durchsetzen.

Aehnlich gewichtig ist die einleitende Behauptung von Gumperz, in den USA könne man heute eine Umwälzung auf dem Gebiete der Agrarproduktion beobachten, „die jahrhundertalte Betriebsformen auflöst . . . die Beziehungen des Menschen zur Erde verändert und damit die ältesten Grundlagen menschlicher Kultur durchbricht“. Eine solche Umwälzung werde „mehr als ein Interpunktionszeichen in der Geschichte der Ereignisse bedeuten“. (Seite 2.) Welche Umwälzung meint der Verfasser?

Große Fortschritte der Technik.

Von 1898/1900 bis 1924/26 ist die Arbeitsleistung pro Arbeiter in den USA in der Industrie um 42,5 Prozent, in der Landwirtschaft um 53 Prozent gestiegen. (Seite 104.)

Dabei ist die Zahl der Traktoren erst in neuester Zeit entscheidend gewachsen. Sie betrug

1920	229 000
1925	473 000
1929 über	800 000 (Seite 119.)

Binnenwanderungen in den USA.

Während des Krieges ist die Getreideproduktion für Heereslieferung in den USA ungeheuer ausgeweitet worden. Ein starker Rückschlag nach Friedensschluß war die natürliche Folge. „Die Wanderung von der Farm in die Stadt erreichte während der Jahre seit 1920 Proportionen, die ohne gleichen in der Geschichte unseres Landes sind.“ (Seite 99.) Dieser Bericht von Anfang 1929 erstaut uns in Anbetracht der eben angedeuteten Umstände nicht. Von 1921 bis 1929 haben 14 Millionen Menschen in den USA die Farm verlassen; berücksichtigt man die Rückwanderung von 8½ Millionen Menschen und die natürliche Bevölkerungsbewegung, so ergibt sich nach Gumperz ein Verlust des Landes an Menschen in dieser Zeit von ungefähr 3,8 Millionen Menschen. (Seite 101.) Schon Gumperz schreibt, die Bewegung habe nachgelassen infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit in den Städten.

Nach Angaben des U. S. Departement of Agriculture, die mit den Angaben von Gumperz nicht vergleichbar sind, ist seit dem Tiefstand der Nachkriegszeit (Anfang 1930) die landwirtschaftliche Bevölkerung folgendermaßen gestiegen:

1. Januar 1930	30 169 000
1. Januar 1931	30 604 000
1. Januar 1932	31 260 000
1. April 1932	31 523 000

Man rechnet damit, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung Ende 1932 mit 32 Millionen Köpfen den bisherigen Höchststand von Anfang 1910 wieder erreicht. (Nach „Industrie und Handel“ Nr. 276 vom 28. November 1932.)

Das besagt natürlich noch nichts über die Lage auf dem Lande, sondern nur etwas darüber, daß viele Menschen in den USA zur Zeit die Lage auf dem Lande für weniger ungünstig halten als die in der Stadt. Charakteristisch in dieser Hinsicht ist ein Bericht der Korrespondenz „Industrie und Handel“ (in Nr. 160, vom 12. Juli 1932):

Großbetrieb oder Kleinbetrieb?

Das von Gumperz zusammengetragene Material reicht selbst zur teilweisen Entscheidung der Frage, welche Betriebsgröße leistungsfähiger ist — einer Frage, die man übrigens so allgemein überhaupt nicht beantworten kann —, in keiner Weise aus. Seine Ausführungen bieten leider geradezu ein Muster dafür, mit wie unzureichendem, zusammengestoppeltem Material und in wie unzulässiger Verallgemeinerung solche Entscheidungen getroffen zu werden pflegen. Daher gehen wir hier besonders ausführlich auf sie ein.

Gumperz gibt aus seinem amerikanischen Buch von David A. Wells, das 1889 erschienen ist, Angaben über die damalige „Revolutionierung“ der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden wieder. Wells weist in jenem alten Buch darauf hin, daß auf den großen Ranches in Kalifornien mit Hilfe von Dampftraktoren und Pflügen mit Gespannen bis zu 14 Tieren „Weizen zum Preise von 42 cents per bushel produziert werden könne“ (Seite 110); nach unserer Berechnung wären das etwa 63 cents mit der Kaufkraft von 1930. Ueber die Gegenwart schreibt Gumperz: „Farmen von großkapitalistischer Konstruktion könnten nach Angaben amerikanischer Agrartechniker, die kürzlich auf einer Zusammenkunft „im wesentlichen“ landwirtschaftliche Aktiengesellschaften vertreten. Weizen so billig produzieren, „daß, wenn der Preis sogar unter 50 cents fiele, man immer noch mit Profit verkaufen könne“; ein großer Farmerbetrieb habe sogar erklärt, seine Erzeugungskosten beliefen sich auf 24 cents. (Seite 156.) — Wie weit diesen Interessenten-Angaben zu trauen ist, wissen wir nicht.

Das wichtigste vergleichende Urteil über die ökonomische beste Betriebsgröße kann man im allgemeinen auf Grund der Wirtschaftsgeschichte fällen, die uns sagt, wie sich die einzelnen Betriebsgrößen im Laufe längerer Zeit entwickelt haben; dabei muß man natürlich bedenken, welche besonderen Umstände für die verschiedenen Betriebsgrößen etwa durch wirtschaftspolitische Eingriffe geschaffen worden sind (zum Beispiel in Deutschland durch Eingriffe zu Gunsten der Großgrundbesitzer).

Gumperz behauptet: „Die bisherige Form der amerikanischen Agrarproduktion war die auf Grundlage der Arbeit des Farmers und seiner Familie betriebene kleine Farm. Diese Betriebsweise ist von der Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft selbst überholt worden. Sie wird infolgedessen früher oder später vernichtet werden. . . Die Krise, in der sich die amerikanische Landwirtschaft heute befindet, ist eine Krise der familienwirtschaftlich betriebenen kleinen Farm, die dem Ansturm der industriellen Revolution in der Landwirtschaft nicht mehr standhalten kann. Mit dem Untergang dieser familienwirtschaftlich betriebenen kleinen Farm, deren Schicksal sich im Laufe der beiden nächsten Jahrzehnte erfüllen wird, wenn nicht starke Gegen Tendenzen auftreten sollten, deren Analyse einer späteren Arbeit überlassen bleiben muß, setzen sich auch in der Landwirtschaft die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des industriellen Kapitalismus durch, die von Karl Marx in klassischer Weise abgeleitet, deren Gültigkeit aber für die Landwirtschaft von den Revisionisten — und nicht nur von diesen — bestritten wurde.“ (Seite 48/49.)

Zu diesen Behauptungen kommt Gumperz trotz der folgenden Umstände:

Zum Traktor als Antriebsmaschine tritt nunmehr der Mährescher: „Selbstbindende Mähmaschinen und stationäre Dreschmaschinen waren bereits früher in Betrieb; während jedoch die Durchschnittsleistung solcher Maschinen für die Ernte von 10 Acres (etwa 4 Hektar) Weizen ungefähr 48 Arbeitsstunden betrug, verringert der Mährescher, der in einem Arbeitsgang das stehende Getreide schneidet und die Körner drischt, der an der Seite die gefüllten Kornsäcke ausladet, während er vorn die Halme mäht, die notwendige Arbeitszeit für die Ernte von 10 Acres auf 8 Stunden. Die Anwendung der neuen Technik setzt die Produktionskosten um die Hälfte herab . . .“ (Seite 123)

Gumperz, dessen Buch wir diese Angaben entnehmen, hat völlig recht, wenn er — übrigens in bezug auf die Landwirtschaft — schreibt, die durch diese Beispiele gekennzeichnete Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik treibe „über den Kleinbetrieb hinaus“ (Seite 158). Aber wohin treibt sie?

Fest steht wohl, daß manche Fortschritte der Technik nur bei einem in irgend einer Form erfolgenden Zusammenschluß ausgenutzt werden können. Aber, so fragen wir jenen Anhänger des Kollektivismus,

was besagt die Entwicklung der Technik gegen die Möglichkeit einer sozialistischen Marktwirtschaft, einer Marktwirtschaft ohne Monopole?

Daß es vielen Farmern in den USA heute inmitten einer kapitalistischen Umwelt gleichzeitig mit Fortschritten der Technik schlecht geht, besagt für die Beantwortung dieser Frage doch wahrlich noch gar nichts! Sehen wir uns aber die Lage der Farmer zunächst näher an.

„Verschiedentlich wird darauf hingewiesen, daß es dem Farmer noch bei weitem besser gehe als dem Städter, da er sich um die Wohnung nicht zu sorgen brauche und keinen Mangel an Nahrung habe. Eine in der letzten Zeit stärker zu beobachtende Abwanderung von den Städten, insbesondere von den kleineren Städten aufs Land, dürfte hierauf zurückzuführen sein. Der Farmer ist tatsächlich wie kein anderer in der Lage, seine Ausgaben — mit Ausnahme der Steuern und Zinsen — den jeweiligen Einnahmen anzupassen. Eine kürzlich vom Department of Agriculture vorgenommene Untersuchung zeigt die große Elastizität des Farmbudgets. Das Nahrungsmittelbudget einer stinköpfigen Farmerfamilie in Texas steht bei einem jährlichen Nahrungsmittelverbrauche im Marktwert von 610,29 Dollar nur 63,05 Dollar in Barausgaben vor. Wertmäßig werden also 90 Prozent der Nahrungsmittel auf der gemischtwirtschaftlichen betriebenen Farm selber produziert.“

Verhältnismäßig krisenfest sind also gerade diejenigen Betriebe, die die Arbeitsteilung nicht so weit getrieben haben, daß sie ausschließlich zum Beispiel Weizen anbauen und allen übrigen Lebensbedarf kaufen; sondern

als verhältnismäßig krisenfest erweisen sich Betriebe, die ähnlich wie die typischen deutschen Bauernwirtschaften nahezu alle Lebensmittel im eigenen Betrieb produzieren und infolgedessen vom Markt ziemlich unabhängig sind.

Mit diesen Feststellungen wollen wir keineswegs leugnen, daß unter den heutigen Umständen — Fortschritt der Technik einerseits und Niederhaltung der Massenkaufkraft andererseits — der Satz richtig ist, den Gumperz von einem amerikanischen Schriftsteller zitiert: „Die Farmen sind voller Menschen, die überflüssig sind“ (Seite 101). Daß es unter anderen Umständen, zum Beispiel bei Fortschritten der Technik und Hochhaltung der Massenkaufkraft, ebenso sein würde, kann man zum mindesten aus den heutigen Erscheinungen nicht schließen.

Aber zeigt sich nicht doch schon heute, daß der Großbetrieb dem Kleinbetrieb weit überlegen ist? Wenden wir uns also der alten Frage zu:

1. Er behandelt fast ausschließlich Fragen der Getreide-, insbesondere der Weizenproduktion. In Deutschland machen die Erlöse aus Getreide bei den Landwirten insgesamt (unter Vernachlässigung der Verkäufe zwischen Landwirten) nur 18 Prozent des Gesamterlöses aus. In den USA ist der Prozentsatz vielleicht höher; es bleibt aber unzulässig, aus Vorgängen in der Getreidewirtschaft auf die Entwicklung in der Landwirtschaft schlechthin zu schließen.

Einen Anhaltspunkt für die Abschätzung der Bedeutung der Getreideproduktion innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion der USA geben folgende Angaben des Department of Agriculture: Der Bruttoertrag betrug 1929 in der Landwirtschaft insgesamt 11 950 Millionen Dollar; daran ist beteiligt Getreide mit 1288 Millionen Dollar (11 Prozent), ferner zum Beispiel Vieh mit 2807 Millionen Dollar, Geflügel und Eier mit 1254 Millionen Dollar, Molkererzeugnisse mit 2323 Millionen Dollar. Für 1932 wird der Bruttoertrag auf 5240 Millionen Dollar geschätzt; davon entfielen auf Getreide 391 Millionen Dollar (7 Prozent). Wenn diese Angaben auch infolge von Doppelzählungen nur mit großer Vorsicht benutzt werden dürfen, so reichen sie doch hin, um die Unzulässigkeit des Verfahrens von Gumperz zu veranschaulichen.

2. Er weiß, daß es „dem großen, mit modernen Hilfsmitteln ausgerüsteten Betrieb“ zustatten kommt, „daß er in vielen Fällen auf billigem und zu niedrigen Preisen erworbenen Boden wirtschaften kann“. (Seite 147.)

3. Er weiß demgegenüber, daß infolge des allgemeinen Preissturzes die Farmer besonders stark bedrückt werden durch Zins- und Tilgungszahlungen, die sie zu leisten haben für bei weit höherem Preisstand aufgenommene Kredite. (Seite 166.) Ein solcher Druck lastet nicht auf den neuen Großfarmen, die billigen jungfräulichen Boden mit Traktor und Mährescher bearbeiten.

4. Er weiß, wieviel auf die Ausbildung der Farmer ankommt; denn er zitiert aus einem Buch von Nourse:

„Der neue Farmer ist hauptsächlich Business Man (Geschäftsmann). . . Die Hauptfrage ist, ob er es versteht, Produkte auf den Markt zu bringen, die mehr einbringen, als sie ihm gekostet haben. Gelingt ihm dies nicht, so wird sein unvermeidbares Schicksal sein, Diener eines anderen zu werden, der es versteht, seine Arbeitskraft mit rentablem Erfolg einzusetzen. Dem zu Grunde liegt die Frage, ob die Mehrzahl der Farmer die geschäftlichen Fähigkeiten besitzt, die zur Führung einer erfolgreichen Farm unter modernen Bedingungen notwendig sind. Von der Antwort auf diese Frage hängt das Schicksal unserer Farmbevölkerung ab. Beantwortet man sie positiv, so werden die selbständigen kleinen Farmer weiter existieren. Kommt man jedoch zu einer negativen Beantwortung, dann werden die fähigen Unternehmer riesige landwirtschaftliche Betriebe leiten und agrare Arbeitskräfte exploitiieren, genau wie heute schon die Industrie-Kapitäne industrielle Arbeitskräfte exploitiieren.“ (Seite 139; vergleiche auch Seite 129/30.)

5. Er weiß, welchen Einfluß die „stinkende Kaufkraft der Arbeiterklasse“ auf die ökonomische Situation der Farmer hat. (Seite 166.) Das gilt übrigens international, und es ist daher gar nicht einzusehen, warum Gumperz von einer Belohnung des Weltmarktes keine wirksame Hilfe für die amerikanischen Farmer erwartet (Seite 87). Er untersucht insbesondere nicht,

welche Wirkungen die Aufhebung der amerikanischen Industriezölle und der europäischen Agrarzölle haben würde. Woher weiß Gumperz, daß auch nach Abtragung dieser Zollmauern sein heute wohl richtiger Satz Geltung hat: „Für den einzelnen Farmer mag Erhöhung seiner betriebstechnischen Leistungsfähigkeit eine Lösung bedeuten, für die amerikanische Agrarkultur als Ganzes verursacht sie nur eine Verschärfung der Schwierigkeiten . . .“? Der Satz ist vorsichtiger Weis, mit einem Nachsatz versehen: „... solange nicht eine kompensierende Marktausdehnung — wenn auch bei sinkenden Preisen, so doch bei stärker gefallenen Produktionskosten — erfolgt.“ (Seite 105.) Warum untersucht Gumperz die hier liegenden Möglichkeiten nicht?

6. Er weiß, welche verheerenden Wirkungen die kapitalistischen Preisstützungsaktionen gehabt haben; das sei „aus der Geschichte aller großen Valorisierungsversuche in den letzten Jahren, vom britischen Gummi bis zum brasilianischen Kaffee, bereits genugsam bekannt“ (Seite 74).

7. Er beobachtet nur eine kurze Zeitspanne und behauptet daraufhin schlankweg, „die Agrarkrise in ihrer bisherigen empirischen Ausprägung“ werde „gerade durch die Tatsache gekennzeichnet, daß eine Rückkehr zur Gleichgewichtslage nicht erfolgt“ (Seite 6). Wieviel sich innerhalb weniger Jahre ändern kann, daran sollte ihn eine Anmerkung in seinem eigenen Buch erinnern; er zitiert dort aus einem Buch von 1927: „Heute stehen die kanadischen Weizenpools, obschon ausgesprochene Gründungen, from the top to the bottom“ (von Kopf bis zu Fuß) als festgefügte, straff zentralisierte und erfolgreich arbeitende Organisation da.“ Und er muß am Schluß der Anmerkung anfügen, daß der Preissturz der Jahre 1929 und 1930 „zu einer effektiven Auflösung des kanadischen Pools führte“. (Seite 43.) Wenn Gumperz sich nur etwas mit landwirtschaftlichen Fragen beschäftigt hat, so muß er wissen, daß Entwicklungen in der Landwirtschaft langsamer verlaufen als in der Industrie, daß sich neue Gleichgewichtslagen daher nur langsam herstellen. Er macht Andeutungen in dieser Richtung (zum Beispiel auf Seite 25). Doch zeugt es von großer Leichtfertigkeit, daß er den folgenden Schluß zieht: „Daß es der Landwirtschaft nicht wie der Industrie gelang, die Krise von 1921 zu überwinden, daß sie sich vielmehr seitdem in einer dauernden Depression befindet, beweist (von mir hervorgehoben, Rpt.), daß es sich nicht um temporäre Dislokationen, sondern um Vorgänge tiefer liegender Natur handelt, um Ursachen, die nicht Oberflächenphänomäne des Marktes betreffen, sondern die zu Grunde liegenden Widersprüche der landwirtschaftlichen Produktion selbst reflektieren.“ (Seite 54.)

Es ist schwierig sich in dieser Ausdrucksweise zurecht zu finden! Doch zur Sache. — Gewiß: es handelt sich um Vorgänge tiefer liegender Natur. Ihre Wurzel ist die Wurzel des Kapitalismus. Technische Fortschritte im Kapitalismus haben schon vielerorts und in vielen Wirtschaftszweigen Not und Elend zur Folge gehabt. — Aber:

Durch was ist bewiesen, daß die Lösung der Schwierigkeiten und die Beseitigung des Unrechts nur möglich ist durch Ersetzung der Farmbetriebe durch „Getreidefabriken“?

Besonders hereingefallen ist Gumperz durch seine Bezugnahme auf Campbell, den „bekanntesten Grundbesitzer großer Getreidefarmen, der in der Sowjet-Union als Berater für den Aufbau von Riesengütern herangezogen wurde. Gumperz gibt aus der „New York Times“ vom 7. September 1927 die folgende „Schilderung einer solchen Getreidefabrik“ wieder:

„Als ein Beispiel für die Tendenz modernen amerikanischen Farmens kann die von der Campbell Farming Corporation in Harding, Montana, geführte Weizenfarm von 100 000 acres Umfang angesehen werden. Arbeitsteilung gibt es dort überhaupt nicht mehr und verhältnismäßig wenig Arbeiter. Die gesamte landwirtschaftliche Arbeit, Pflügen, Säen, Ernten und Dreschen, wird in riesigem Umfang von Maschinen ausgeführt. Die Produktionskosten sind dauernd gesenkt worden, bis sie im Jahre 1926 nur noch 8 Dollar pro acre betragen, verglichen mit einem von der Regierung aufgestellten Beststandard von 16,50 Dollar. Der Mährescher, der von Campbell in großem Umfang benutzt wird, hat die Erntezzeit pro acre von 3 Stunden auf ¾ Stunden, also um 75 Prozent reduziert.“ (Seite 149.)

Wir stellen diesem Bericht einen neueren Bericht gegenüber, den wir der amerikanischen Zeitschrift „New Outlook“ (vom November 1932) entnehmen:

„Während des Weltkrieges, als Weizen zu einem garantierten Preis von 2,20 Dollar per bushel verkauft wurde, organisierte Herr Campbell die Montana Farming Corporation. Die Aufsichtsräte waren J. P. Morgan . . . Die Liste der Aktionäre sah aus wie ein Verzeichnis der Bankiers von Wallstreet.“

Unter dem patriotischen Vorwand, Weizen wäre notwendig, um den Krieg zu gewinnen, unterzeichnete die Montana Farming Corporation einen Vertrag mit dem Staatssekretär des Inneren Franklin Lane, durch den ihr erlaubt wurde, geklemtes Land aus einer indianischen Reservation auszuwählen und Pachtverträge abzuschließen auf der Basis eines Ernteanteils von 7½ bis 10 Prozent für die ersten fünf Jahre. Die Montana Farming Corporation suchte sich 80 000 acres aus an der Fort Peck Reservation bei Poplar (Montana) und weitere 40 000 acres im Bezirk Crow bei Hardin (Montana). Indianische Agenten halfen Herrn Campbell, seine Pachtverträge zu bekommen; landwirtschaftliche Maschinen für ungefähr eine halbe Million Dollar wurden gekauft, und unter einer Flut von öffentlichen Mittlungen wurde Weizen auf 120 000 acres gebaut.

Es ist kein Zweifel, daß Herr Campbell die mechanische landwirtschaftliche Produktion auf eine wissenschaftliche Grundlage stellte, ferner begann er seine Tätigkeit mit billigem Land zu einer Zeit, als der Weizenpreis hoch war. Doch 1921,

nach vierjähriger Tätigkeit, wiesen die Bücher der Montana Farming Corporation 2 006 308,85 Dollar Verlust auf,

und die Bankiers des Herrn Campbell in der Wallstreet zogen sich von dem Projekt zurück. Sie nahmen ihren Verlust auf sich und erlaubten Herrn Campbell, landwirtschaftliche Maschinen im Wert von 400 000 Dollar für etwas weniger als 50 000 Dollar zu kaufen. Er hob seine Pachten in Fort Peck auf, zog nach dem Bezirk Crow, wo er 80 000 acres pachtete gegen Abgabe eines Teils der Ernte.

Trotz der niedrigen Pacht und trotz der Tatsache, daß er die meisten seiner Maschinen für ungefähr ein Zehntel ihres Wertes bekommen hatte, war

Herr Campbell nicht im Stande, nach dem Zusammenbruch des Marktes im Jahre 1929 Weizen mit Profit zu produzieren.

Seine Betriebseinstellung offenbarte den Fehlschlag des ehrgeizigsten Riesengetreidefabrikprojektes, das jemals auf dem amerikanischen Kontinent in Angriff genommen worden ist. Es wird interessant sein, zu sehen, ob Herr Campbell mehr Erfolg dabei hat, wenn er den russischen Bauern lehrt, wie sie mit Hilfe mechanischer Kraft Landwirtschaft betreiben sollen, als damals, als er selber seine eigenen Betriebe in Montana hatte.“

Wir können die Ungeduld der Marxisten wohl verstehen. Seit 1848 lösen sie die Marx'schen Prophezeiungen, und die Entwicklung hat diesen Prophezeiungen immer noch nicht den Gefallen getan; sich nach ihnen zu richten. In solcher Ungeduld geschriebene Bücher beschleunigen aber die Entwicklung nicht!

Diese Buchbesprechung findet ihren Abschluß in einem demnächst erscheinenden Aufsatz: „Phantasien über ein landwirtschaftliches Thema.“ Hellmut Rauschenplat.